Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1546
17. 12. 87

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den zweiten Teil der 33. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 30. November bis 3. Dezember 1987 in Paris

Während der Tagung vom 30. November bis 3. Dezember 1987 erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Präsidiums der Versammlung
33. Jahresbericht des Rates der WEU (1. Teil)

Politische Fragen

- Die politische Tätigkeit des Rates – Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates.

  Empfehlung 449 (S. 8)

  Hierzu sprachen die Abg. Antretter (S. 4), Irmer (S. 5), Dr. Ahrens (S. 7)

- Erster Teil des 33. Jahresberichtes des Rates der WEU

- Ansprache des französischen Außenministers Jean-Bernard Raimond

  Hierzu sprach Abg. Prof. Dr. Soell (S. 9).

- Neue Entwicklungen in der sowjetischen Außenpolitik.

  Empfehlung 453 (S. 28)

  Richtlinie 70.

  Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 24), Prof. Dr. Soell (S. 25), Dr. Ahrens (S. 27).

Haushalt

- Der Haushalt der Verwaltung der Versammlung 1988

- Die Haushaltsrechnung der Versammlung für 1986

Verteidigung

- Abrüstung – Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates.

  Empfehlung 451 (S. 21) und 452 (S. 21)

Entschließung 77 (S. 22).

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 10; 17), Dr. Müller (S. 13), Prof. Dr. Soell (S. 14), Reddemann (S. 15), Kittelmann (S. 19).

- Die Einschätzung der Bedrohung

  Hierzu sprachen die Abg. Prof. Soell (S. 29), Dr. Klejdzinski (S. 30), Dr. Hitschler (S. 32), Kittelmann (S. 33).

Geschäftsordnungsfragen

- Revision und Interpretation der Geschäftsordnung

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- Die militärische Nutzung von Computern für ein gemeinsames europäisches Forschungsprogramm im Verteidigungsbereich.

  Empfehlung 450 (S. 23), Richtlinie 69.

- Die europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion – Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates.

  Empfehlung 454 (S. 35).

  Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 34).

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten in den Mitgliedstaaten der WEU.

  Entschließung 78 (S. 34).

Die Reden und Fragen der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt; die Antworten sind zusammengefaßt wiedergegeben.

Zur Versammlung sprachen der amtierende Ratsvorsitzende, Außenminister van den Broek (Niederlande), Außenminister Jean-Bernard Raimond (Frankreich), Staatsminister im Auswärtigen Amt David Mellor (Vereinigtes Königreich), Verteidigungsminister van Eekelen (Niederlande) sowie der Generalsekretär der WEU, Alfred Cahen.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus Dänemark, Griechenland, Norwegen, Portugal und Spanien teil.

Schwerpunkte der Plenarverhandlungen:

Hauptthemen der Tagung, sowohl in den Ansprachen der Gastredner als auch in der Debatte über die einzelnen Berichte, waren die Ost-West-Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der Unterzeichnung des **INF-Vertrages,** die Entwicklung der Zusammenarbeit in der WEU nach der Verabschiedung der **europäischen Sicherheitsplattform,** die Intensivierung der **deutsch-französischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich,** sowie die Fragen der **Erweiterung der WEU** um Spanien und Portugal und des **Sitzes der Organisation,** an dem der Rat, das Generalsekretariat, die Versammlung und die zu einer Einheit zusammengefaßten Agenturen künftig gemeinsam angesiedelt werden sollen.

Der bevorstehende Abschluß des amerikanisch-sowjetischen **INF-Abkommens** wurde von der Versammlung und den Gastrednern einmütig begrüßt, wobei gleichzeitig auf die Dringlichkeit von Abrüstung im konventionellen Bereich hingewiesen wurde. Nur der französische Delegierte **Baumel** lehnte den INF-Vertrag wegen seiner Unausgewogenheit und des zu befürchtenden Abkopplungseffektes entschieden ab.

In der Frage der **Einschätzung der Bedrohung** des Westens durch die Sowjetunion fand der Berichterstatter, der konservative britische Abgeordnete **Stokes,** Kritik von zwei Seiten: Zunächst sah er sich gezwungen, Presseberichten entgegenzutreten, die in seinem Bericht und dem Empfehlungsentwurf ein Herunterspielen der sowjetischen Bedrohung lesen wollten; sodann vermißte die Mehrheit der Versammlung eine eingehende Beurteilung des zusammengetragenen Datenmaterials insbesondere auch unter Berücksichtigung der neueren Entwicklung auf dem Gebiet der Abrüstung. Der Bericht wurde an den Ausschuß für Verteidigungsfragen und Rüstung zurückverwiesen.

Der **Generalsekretär der WEU,** Alfred Cahen, setzte in seiner Ansprache den Akzent auf die Bedeutung der **europäischen Sicherheitsplattform** als „Satz von Doktrinen". Dieser könne nun als Grundlage nicht nur für schnelleres, abgestimmtes Reagieren, sondern auch für die Erarbeitung von politischen Antworten auf bestimmte Situationen im voraus dienen, wofür die Dienste der neuen, vereinigten Agentur in Anspruch zu nehmen wären. Außerdem könne die Plattform als „Geschäftsgrundlage" für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten betrachtet werden.

Auch der amtierende **Präsident des Ministerrates,** der niederländische Außenminister **van den Broek,** sowie die anderen Gastredner, würdigten die Sicherheitsplattform als Beitrag zur europäischen Integration und als Dokument atlantischer Partnerschaft.

Zur vorgesehenen **Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade** und den Plänen für einen bilateralen Verteidigungsrat wurde von einigen Delegierten Besorgnis über eine mögliche „Achse Paris-Bonn" geäußert. Sowohl der französische Außenminister **Raimond** als auch der niederländische Verteidigungsminister **van Eekelen** traten dem entgegen und betonten, daß dieser Modellversuch auch anderen europäischen Staaten offenstehe. Raimond widersprach zugleich der Ansicht des italienischen Delegierten Panella, der der Brigade und den gemeinsamen Manövern nur symbolischen Charakter zubilligen wollte.

Zahlreiche Redner forderten die Vertreter des Ministerrates auf, die Verhandlungen über den **Beitritt Spaniens und Portugals** nicht länger hinauszuzögern und auch kein Junktim zwischen beiden Beitrittswünschen herzustellen. Außenminister **van den Broek** stellte eine baldige Aufnahme von Verhandlungen in Aussicht, nannte hierfür jedoch keinen konkreten Termin.

In der **Frage des künftigen gemeinsamen Sitzes** aller Gremien der WEU sprach sich der französische Außenminister **Raimond** erneut für Paris aus, da eine Ansiedlung in Brüssel die Eigenständigkeit der WEU gegenüber NATO und EG zu wenig verdeutliche. Demgegenüber stimmte der britische Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Mellor,** ausdrücklich für Brüssel, damit die WEU wieder in der Nähe des NATO-Hauptquartiers ansässig sei, wie dies mit der Ansiedlung in Paris ursprünglich beabsichtigt gewesen sei. Ratspräsident **van den Broek** bekräftigte die Entschlossenheit des Ministerrates, in dieser Frage eine baldige Entscheidung herbeizuführen.

Bonn den 17. Dezember 1987

Dr. Karl Ahrens	**Wilfried Böhm (Melsungen)**
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

30. November bis 3. Dezember 1987

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Präsidiums der Versammlung

(Drucksache 1126)

Berichterstatter: Abg. Valleix (Frankreich)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Alfred Cahen

(Themen: Bedeutung der Plattform über die europäischen Sicherheitsinteressen – Reorganisation der Verwaltungsorgane der WEU)

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Generalsekretär, ebenso wie die Fragen von Kollegen, die vorher gesprochen haben, ist meine Frage von der Sorge diktiert, daß die Westeuropäische Union und ihre Einrichtungen immer stärker hinter die eigentliche Ost-West-Entwicklung zurückfallen und immer stärker dazu verurteilt sind, das zu ratifizieren, was andere an Tatsachen geschaffen haben.

Sie als Generalsekretär haben Ende März 1987 die Versammlung darüber informiert, daß die Agenturen für Sicherheitsfragen mit zwei Studien beauftragt werden, die erste im Zusammenhang mit den Verifizierungsvorschlägen im Kontext der laufenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle, die zweite im Zusammenhang mit der sowjetischen Taktik gegenüber westeuropäischen Ländern in bezug auf Rüstungskontrolle und Abrüstungsfragen.

Wie sieht es mit dem Ertrag dieser Arbeiten aus, und inwieweit können die Ausschüsse der Versammlung von den Ergebnissen dieser Arbeiten profitieren? Diese Frage muß man stellen, wenn man weiß, daß am 7. Dezember, also in einer Woche, das Abkommen über Mittelstreckenraketen verabschiedet werden soll, ein Abkommen mit über 120 Seiten, mit über 100 Seiten detailliertester Verifikationsbestimmungen, von denen sicher nur die wenigsten bekannt sind.

Daraus ergibt sich meine Feststellung, daß Versammlung, Rat, Generalsekretariat und Agenturen offensichtlich praktisch nicht in der Lage sind, mehr als nur reaktiv auf Verhandlungen Einfluß zu nehmen, nicht in der Lage sind, koordiniert und konzertiert vorzugehen.

Wie sieht es Ihrer Ansicht nach mit dem Möglichkeiten aus, die Einrichtungen der Westeuropäischen Union so zu verbessern, daß sie auch den Gesprächen und Verhandlungen der Versammlung und ihrer Ausschüsse zugute kommen.

Generalsekretär **Cahen** *antwortet, nachdem die Plattform der europäischen Sicherheitsinteressen vorliege, werde die Agentur in der Lage sein, mit der Arbeit über die langfristigen Positionen des Bündnisses für die Zukunft zu beginnen und Berichte hierüber der Versammlung vorzulegen.*

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Geschäftsordnungsausschusses

(Drucksache 1110)

Berichterstatter: Sir Geoffrey Finsberg (Vereinigtes Königreich)

Tagesordnungspunkt:

Die politische Tätigkeit des Rates – Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1117)

Berichterstatter: Abg. van der Sanden

(Themen: Die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung – die Wiederbelebung der WEU – die politische Tätigkeit des Rats – WEU und europäische Sicherheit)

Antretter (SPD): Herr Präsident! Wir Abgeordneten werden häufig vom Rat und den Regierungen kritisch angesprochen, weil wir seine Tätigkeit nicht genug würdigten oder sie zu negativ beurteilten. Wer unsere Berichte und Empfehlungen liest – das gilt natürlich auch und ganz besonders für den hervorragenden Bericht von Herrn van der Sanden –, der wird feststellen, daß die Versammlung keineswegs prinzipiell negativ eingestellt ist sondern daß sie sich stets um einen sachlichen Dialog mit dem Rat bemüht. Nur macht es uns der Rat ein bißchen schwer, aus den sehr kargen Informationen, die er uns in Gestalt seiner Jahresberichte zukommen läßt, das Positive herauszufinden.

Dabei kann man durchaus feststellen – die Versammlung hat das ja auch zum Ausdruck gebracht –, daß es bei den heutigen Jahresberichten – im Vergleich zu denen, die wir noch vor einigen Jahren präsentiert bekommen haben – durchaus positive Entwicklungen gibt. Positiv ist beispielsweise, daß diese Berichte jetzt halbjährlich gegeben werden und daß ihr Inhalt insgesamt politischer geworden ist. Es kann also als hoffnungsvolles Zeichen betrachtet werden, daß die politische Bedeutung der WEU allmählich wächst und daß das auch darin seinen Ausdruck findet und sichtbar wird.

Allerdings werden diese positiven Seiten wieder dadurch reduziert – fast möchte ich sagen: zunichte gemacht –, daß es der Rat offenbar nach wie vor nicht fertig bringt, diese Halbjahresberichte der Versammlung so rechtzeitig zu übermitteln, daß diese sich mit ihnen noch zu einem Zeitpunkt auseinandersetzen kann, wenn noch ein halbwegs aktueller zeitlicher Zusammenhang mit den zu berichtenden Ereignissen besteht.

Wir können heute erst den 32. Jahresbericht des Rates diskutieren, der das Jahr 1986 betrifft, also – wie man bei mir zu Hause sagt – Schnee von gestern. Ich verkenne nicht die Schwierigkeit, die darin besteht, im Rat die erforderliche Einstimmigkeit herzustellen. Aber zumal es sich um Tätigkeitsberichte und nicht um zukunftsweisende Analysen handelt, kann das doch nicht ein überzeugender Grund für derart unangemessene Verzögerungen sein.

Aber ich will das Positive herausstellen. Ebenso wie Herr van der Sanden begrüße ich die Verabschiedung der Plattform über die europäischen Sicherheitsinteressen vom 27. Oktober dieses Jahres sowie die Tatsache, daß die Krise in der Golf-Region den Rat veranlaßt hat, sich über diese Frage außerhalb der Routinesitzungen des Ständigen Rates in gesonderten Konsultationen in Den Haag abzustimmen. Es ist erfreulich, daß der Rat jetzt endlich die Möglichkeiten ergreift, die ihm auf Grund des geänderten Brüsseler Vertrags zu Gebote stehen, wie es – füge ich hinzu – die Versammlung jahrelang gefordert hat.

Vom Generalsekretär haben wir zusätzlich erfahren, daß sich die Treffen der politischen Direktoren und anderer Expertengrupen intensiviert haben. Auch das ist zu begrüßen. Aber wir hoffen, daß wir auch etwas mehr vom Inhalt und vom Ergebnis dieser Konsultationen erfahren werden.

Lassen Sie mich drei Themen besonders ansprechen, die mir sehr wichtig erscheinen und die meiner Ansicht nach die besondere Aufmerksamkeit des Rates und der Regierungen verdienen.

Zunächst einmal zur **Plattform der europäischen Sicherheitsinteressen.** Hierzu könnte man viel sagen; ich möchte mich jetzt auf einen Aspekt dieses Dokuments beschränken, der vielleicht nicht im Mittelpunkt des Interesses steht, den ich aber für sehr wichtig halte. Ich begrüße, daß es sich hier nicht ausschließlich um ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Dokument handelt, sondern daß es auch Ziele und Vorschläge zum Dialog und zur Zusammenarbeit zwischen Ost und West enthält. Das scheint mir gerade jetzt in einer Zeit besonders wichtig zu sein, in der der KSZE-Folgeprozeß in Wien völlig festgefahren zu sein scheint. Der Rat wird sich allerdings sehr bald fragen lassen müssen, was er konkret tun will, um seine guten Absichten zu verwirklichen, wirksame Beiträge zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses einzubringen.

Ein weiteres Problem ist die Reaktion verschiedener europäischer Staaten auf die jüngste **Entwicklung der deutsch-französischen bilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung.** Ich meine insbesondere die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade und die noch verhältnismäßig vagen Vorschläge zur Einrichtung eines deutsch-französischen Sicherheitsrates.

Ich begrüße alle Bemühungen, die Zusammenarbeit mit Frankreich auch im Sicherheitsbereich zu verstärken. Allerdings sollten die beteiligten Regierungen Irritationen vermeiden, die besonders dann entstehen, wenn sie sich selbst noch nicht darüber im klaren sind, was sie genau wollen. Ich entnehme aus verschiedenen öffentlichen Äußerungen deutscher Regierungsmitglieder, daß es sich nicht um die Schaffung von exklusiven Gremien handeln soll. Um so mehr finde ich die Auffassung unterstützenswert, daß diese Projekte so rasch wie möglich im Rahmen der WEU erörtert und vertieft werden.

Ein letzter Punkt betrifft schließlich das alte und immer neue Thema der **Öffentlichkeitsarbeit des Rates.** Ich glaube, ich spreche heute zum dritten oder viertenmal zu diesem Punkt, ohne daß sich mittlerweile Nennenswertes geändert hätte. Ich meine jetzt nicht das Verhältnis zwischen Rat und Versammlung, sondern spreche von der Information der Öffentlichkeit und der Presse. Obwohl der Rat vor einigen Jahren große Ankündigungen auf diesem Gebiet gemacht hat, scheint sich hier nach wie vor fast nichts zu bewegen. Dies ist um so bedauerlicher, als der Rat selbst feststellt, daß sich das öffentliche Interesse an der Arbeit der WEU generell verstärkt hat. Seine Informationspolitik, wenn man von einer solchen überhaupt sprechen kann, ist aber eher reaktiv als aktiv.

Selbst der verhältnismäßig bescheidene Posten eines Referenten für Öffentlichkeitsarbeit im Generalsekretariat ist nach wie vor unbesetzt, obwohl er seit langem im Organigramm ausgewiesen ist. Wenn man bedenkt, welche großen Anstrengungen beispielsweise die NATO sowohl in Brüssel als auch in den Mitgliedstaaten für die Öffentlichkeitsarbeit unternimmt und welche Mittel sie dafür bereitstellt, so muß man sich fragen, wie die WEU ihre Funktion als europäischer Pfeiler dieser NATO der Öffentlichkeit plausibel machen will, wenn sie hier nicht erheblich aktiver wird. Es sollte Ihnen eigentlich langsam peinlich sein, auf diese – an der finanziellen Dimension gemessen – Lappalie immer wieder angesprochen werden zu müssen.

Sollte die bisherige Zurückhaltung, die, wie ich betonen möchte, nicht den Generalsekretär betrifft, allerdings politische Absicht sein, so wäre dies nach meiner Überzeugung eine sehr gefährliche Politik. Ich möchte daher erneut dringend an den Rat appellieren, diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit – auch bei den strukturellen Überlegungen – beizumessen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Irmer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der liberalen Fraktion, für die ich hier spreche, möchte ich dem Berichterstatter herzlich für seine Arbeit, aber auch und insbesondere dafür danken, daß er über das ihm gestellte Thema hinausgegangen ist. Hätte er sich nämlich darauf beschränkt, zu seinem Thema, also zur Antwort auf den 32. Jahresbericht, zu sprechen, wäre das, was er uns hätte sagen können, wohl in erster Linie nicht gerade für Archäologen, aber doch für Historiker interessant gewesen. Dies zeigt erneut, wie sehr wir beklagen müssen, daß der Rat nach wie vor nicht in der Lage ist, seine Berichte so rechtzeitig vorzulegen, daß sich diese Versammlung noch einigermaßen aktuell damit beschäftigen kann. Dieses Verhalten möchte ich ausdrücklich rügen,

und ich appelliere an den Rat, die Jahresberichte künftig früher vorzulegen, damit ein Berichterstatter dann auch hart am Text eines Berichtes seine Arbeit leisten kann.

Unser Berichterstatter hat auf sehr kluge und vernünftige Weise seine Erörterungen auf das ausgedehnt, was aktuell in diesem Jahr geschehen ist. Und da können wir zu unserer Freude doch feststellen, daß die Idee der Wiederbelebung der WEU inzwischen konkrete Formen angenommen hat. Wir begrüßen dies.

Wir begrüßen insbesondere, daß auch zur Frage der Umstrukturierung und der organisatorischen Verbesserung Vorschläge vorgelegt worden sind. Wir möchten nur vor einem warnen: Die Verwirklichung dieser Vorschläge darf nicht daran scheitern, daß man sich über den Sitz der Institution nicht klarwerden kann. Wir haben bei den endlosen Erörterungen über den Sitz des Europäischen Parlaments erlebt, wie dieses Thema über Jahrzehnte hinweg zu einem Dauerbrenner werden kann. Ich appelliere an Sie alle! Auch dann, wenn man sich aus Prestigeerwägungen oder auf Grund von Vorbehalten und Bedenklichkeiten verschiedenster Art nicht einigen kann, möge man bitte jedenfalls die Umstrukturierung vornehmen, und zwar ganz ungeachtet der Frage, an welchem Ort die Institution dann tagt.

Der Kollege Wilkinson hat gestern ein flammendes Plädoyer gehalten; ich vermute, für London, und ich verstehe das, weil er dann kürzere Wege hat. Aber sei es nun London, sei es Paris, sei es Brüssel – und ich erwähne auch Luxemburg, das ja durchaus als Sitz in Frage kommt –, ganz gleich, welche Stadt, die Hauptsache ist, daß die organisatorischen Verbesserungen vorgenommen werden, die die Arbeitsfähigkeit dieser Institution erst gewährleisten würden.

Meine Damen und Herren, ich möchte insbesondere auf einen Punkt eingehen, der in den gestrigen Debatten schon eine bedeutende Rolle gespielt hat. Ich meine die Irritationen, die zweifellos bei einigen Mitgliedstaaten durch die Vereinbarung einer engeren **französisch-deutschen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung** hervorgerufen worden sind. Hierzu möchte ich für meine Fraktion, aber auch als deutscher Abgeordneter sagen, daß man bitte diese Versuche einer engeren Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auch aus der besonderen historischen Lage und aus dem Bemühen verstehen möge, die alten Schwierigkeiten zu überwinden, die es ja, wie Sie alle wissen, gerade zwischen diesen beiden Ländern in der Vergangenheit gegeben hat. Wir messen dieser engeren französisch-deutschen Zusammenarbeit deshalb auch in erster Linie symbolische Bedeutung bei. Dieser symbolische Wert wird weit über den praktischen Wert hinausgehen.

Diejenigen, die in diesem Punkte Befürchtungen haben, darf ich darauf hinweisen, daß etwa ein wechselndes Kommando einer gemeinsamen Brigade bei uns zu Hause verfassungsrechtliche Probleme aufwerfen würde. Es muß sehr sorgfältig geklärt werden, ob das nach der Verfassung überhaupt möglich ist. Sie wissen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland außerordentlich verfassungsbewußt sind. Mit Rücksicht auf unsere Verfassung – nämlich weil unsere Verfassung uns dies verbietet – haben wir keine Schiffe in den Golf entsandt. Verlassen Sie sich darauf: Wir werden uns in der angesprochenen Frage genauso sorgfältig an die Bestimmungen unserer Verfassung halten wie in jeder anderen Frage.

Im übrigen: Bilaterale Vereinbarungen sind immer dann nützlich, wenn sie dazu beitragen, multinationale Fortschritte herbeizuführen, multilaterale Fortschritte zu fördern. In dieser französisch-deutschen Zusammenarbeit kann durchaus eine Chance liegen, sozusagen als Kraftzelle für die Zusammenarbeit und die Stärkung der WEU. Wir sagen ja auch immer – und das mit Recht –, daß die WEU als solche nicht die NATO schädigt. Ganz im Gegenteil: Von uns sollte die Zusammenarbeit in der WEU gefördert werden, damit wie die NATO, das gemeinsame Verteidigungsbündnis stärken; denn wir wollen die WEU zum europäischen Pfeiler innerhalb der NATO ausbauen. Deshalb glaube ich auch, daß die französisch-deutsche Zusammenarbeit nicht schädlich, sondern nur nützlich sein kann.

In diesem Zusammenhang muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß wir ja nicht als Ziel eine bilaterale Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich anstreben. Vielmehr wollen wir eine europäische Lösung. Von daher gesehen ist die Plattform vom 27. Oktober 1987 auch so wichtig und so bedeutungsvoll. Hier wird die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in den Rahmen des gesamten europäischen Einigungswerkes gestellt. Hier wird gesagt, wir wollen die Europäische Union. Und diese Europäische Union ist gar nicht denkbar, ohne daß man auch die Sicherheits- und Verteidigungsfragen einbezieht. Daß das erkannt worden ist, daß das so klar ausgedrückt worden ist, ist der eigentliche politische Durchbruch der Westeuropäischen Union, der für ihre Wiederbelebung unerläßlich ist.

Das bedeutet selbstverständlich auch, daß wir einer Erweiterung gedanklich wirklich näher treten müssen. Die **Europäische Union** soll ja nicht nur die sieben Mitgliedsländer der WEU umfassen, sondern die Europäische Union ist etwas viel Weiteres. Wir werden auf die Dauer nicht andere Mitgliedsstaaten der EG oder auch andere Mitgliedsstaaten der NATO in Europa von dieser unserer Zusammenarbeit ausschließen können. Wir müssen nach Wegen suchen, wie man das organisieren kann, damit wir im Rahmen des gemeinsamen politischen Zieles der Schaffung der Europäischen Union auch die anderen, die heute noch abseits stehen, in diese militärische, in diese sicherheitspolitische Zusammenarbeit einbeziehen können.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ein letztes Wort. Die Wiederbelebung der Westeuropäischen Union kommt für mich auch dadurch zum Ausdruck, daß sich diese Versammlung für mein Gefühl im Laufe des vergangenen Jahres in qualitativer Weise geändert hat. Als ich das erste Mal hierher kam – Anfang des Jahres –, hatte ich den Eindruck, daß dies eine Versammlung von mehr resignierten Leuten ist, die ihre Zukunft eigentlich schon hinter

sich haben und die nichts mehr bewegen. Heute herrscht hier eine ganz andere Atmosphäre, heute herrscht hier Aufbruchstimmung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, machen wir weiter so. Dann können wir als eine Versammlung, als ein parlamentarisches Gremium, das auch Kontrollfunktionen hat, unseren Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik und damit zum Aufbau der Europäischen Union leisten.

Ich danke Ihnen.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident, es entspricht der Übung des Hauses, daß auch der Vorsitzende der Kommission zum Bericht und zum Ablauf der Debatte Stellung nimmt. Ich will mich kurz fassen.

Ich möchte mich beim Berichterstatter und beim Sekretär des Ausschusses sehr herzlich bedanken. Bei diesem Bericht hat es wiederum erheblichen Zeitdruck gegeben, und ich bin sehr froh darüber, daß der Bericht gleichwohl nicht mit heißer Nadel genäht worden ist.

Es ist in der Debatte mit Recht festgestellt worden, daß der Bericht insgesamt positiver und optimistischer ist, als es in den vergangenen Jahren der Fall war, und dies deshalb, weil wir in der Versammlung zum erstenmal merken, daß unsere Regierungen mit dem Ernst machen, was man je nach Standort und Temperament als Reaktivierung, Revitalisierung oder Reanimation der WEU bezeichnen kann. Ob dieser Wandel der Politik unserer Regierungen der eigenen Einsicht in die Möglichkeiten entspringt, die die WEU bietet, oder ob er auf das erschreckte Aufwecken der Europäer nach Reykjavik zurückgeht, mag uns unberührt lassen; die Tatsache bleibt, daß es mit der WEU weitergeht.

Auf einige Fragen gibt der Bericht, auch der heute mündlich erstattete Bericht des Ratsvorsitzenden, keine Antwort. Es ist mit Recht bemängelt worden, daß die Berichte der Minister uns immer noch recht spät erreichen. Herr Minister van den Broek hat heute einiges zur Begründung dieser Praxis gesagt.

Ich bedaure auch, daß wir heute nicht über eine positive Entscheidung der Minister in bezug auf die **Erweiterung der Westeuropäischen Union um Portugal** sprechen können. Es geht um Portugal, weil dieses Land das einzige ist, das den formellen Antrag gestellt hat, in unsere Organisation aufgenommen zu werden.

Die Minister haben sich im Rat nicht zu einer solchen Entscheidung durchringen können. Sie haben neue Vorbehalte gemacht, Vorbehalte, von denen ich überzeugt bin, daß sie überwindbar sind, daß sie von Portugal erfüllt werden können. Wenn es auch so ist – wie der Berichterstatter zu Recht gesagt hat, und auch der Minister hat es heute morgen ausgeführt –, daß man jetzt auf eine Reaktion Portugals und möglicher anderer Staaten wartet, so sollten wir doch das Drängen auf eine möglichst baldige Entscheidung in dieser Frage nicht unterlassen. Wir als Versammlung dürfen den Fall Portugal nicht zu den Akten legen.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Versammlung auf sehr pragmatische Weise schon einiges vom Beitritt Portugals vorweggenommen hat. Nicht nur in den Plenarsitzungen der Versammlung, sondern auch in den Ausschüssen begegnen wir den portugiesischen Kollegen, die dort bis auf das Stimmrecht volle Rechte genießen. Ich hoffe und wünsche, daß die portugiesischen Kollegen von den Möglichkeiten, mit uns über die Fragen der gemeinsamen Sicherheit zu diskutieren, auch umfassend Gebrauch machen.

Die Plattform ist im Ausschuß nicht in allen Einzelheiten besprochen und diskutiert worden. Manch einem mag sie nicht weit genug führen; andere haben vielleicht Bedenken, daß sie zu weit geht. Erfreulich aber ist eines: daß diese Plattform nicht nur die bisherige Politik festschreibt, sondern neue Elemente enthält, die in die Zukunft weisen, daß sie Elemente des Dialogs enthält, wie hier heute gesagt worden ist.

Sorge bereitet mir das sehr zögerliche Verhalten der Minister, was die dringende Forderung nach einer **Neustrukturierung unserer Organisation** anlangt. Sorge bereitet mir vor allem, daß, wie man hört, ein Mitgliedsland die Entscheidung in der Sitzfrage zur Vorbedingung einer solchen Neustrukturierung machen soll. Es wäre sinnvoll, den französischen Minister, der gleich hier vor der Versammlung sprechen wird, nach der Haltung seines Landes in dieser Sache zu fragen.

Der Kollege Wilkinson hat gestern in einem Zehn-Punkte-Programm, geradezu in einem Dekalog, Voraussetzungen für die Wahl des Sitzes der WEU gefordert. Ich bin in einer Hinsicht nicht seiner Ansicht und teile da voll und ganz die Auffassung, die der Kollege van der Sanden vertreten hat. Die Frage des Sitzes dieser Versammlung steht im Augenblick nicht zur Diskussion, und es wird sicherlich auch niemand wagen, diese Frage über unsere Köpfe hinweg zu entscheiden.

Die zehn Forderungen des Kollegen Wilkinson, die sicherlich im großen und ganzen berechtigt sind, lassen aber eigentlich nur zwei Optionen offen. Ich habe ihm gestern gesagt, er hätte als elfte Forderung noch die hinzufügen müssen, daß der Sitz in einer Stadt mit mindestens einer Million Einwohnern sein müsse, dann wäre wirklich nur noch London übriggeblieben und nicht auch noch Luxemburg als Möglichkeit offengeblieben. Aber es ist nicht unsere Sache, diese Frage zu entscheiden. Bedauerlich aber wäre es, wenn man alles an Neustrukturierung zurückstellte, bis man sich in der schwierigen Sitzfrage einig geworden ist.

Es ist mit Recht gesagt worden, daß eine verbesserte und engere **bilaterale Zusammenarbeit** das Bündnis nicht stören oder gar gefährden dürfe. Das ist richtig. Ich bin, wie Sie wissen, Vertreter der Opposition in unserem Lande, und es ist deshalb sicher nicht meine Aufgabe, das zu begründen, was die deutsche Regierung mit der französischen vereinbart hat. Hier ist über formale und vielleicht auch praktische Probleme bei der Bildung einer deutsch-französischen Brigade gesprochen worden. Kollege

Close hat darauf hingewiesen, daß die Dinge noch viel schwieriger würden, wenn etwa noch eine niederländische Formation hinzukäme.

Ich glaube, wir sollten die Dinge etwas pragmatischer und nicht so formal sehen. Worum geht es? Der deutschen Seite geht es sicherlich darum, den Franzosen durch eine engere Zusammenarbeit zu erleichtern, ihre Verpflichtungen aus dem WEU-Vertrag wahrzunehmen, d. h. durch eine engere Zusammenarbeit die Verteidigung auch des süddeutschen Territoriums zu verbessern. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist letztlich nicht nur im deutschen oder im französischen, sondern in unser aller Interesse. Von daher sollte man diesen Überlegungen, wie ich meine, mit weniger Mißtrauen begegnen. Ich teile die Meinung von Minister van den Broek, daß es ohne Zweifel positiv zu bewerten ist, wenn die Franzosen und die Deutschen auch auf militärischem Gebiet noch enger als bisher zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, mit Recht ist gesagt worden, daß die **Öffentlichkeitsarbeit** unserer Organisation mehr als mangelhaft ist. Es sind Vergleiche zur NATO und zur EG gezogen worden. Sicherlich werden wir den Aufwand, den die Gemeinschaft in bezug auf Öffentlichkeitsarbeit betreibt, nicht erreichen können. Vielleicht ist das auch gar nicht wünschenswert. Der Fülle von Papier, die die Kommission und auch das Europäische Parlament verbreiten, sollten wir nicht unbedingt nacheifern.

Trotzdem meine ich, daß zu unserer Arbeit, wenn wir sie ernst nehmen, auch die Aufgabe gehört, unsere Mitbürger über die Notwendigkeiten der Verteidigung und über unsere Arbeit in der WEU besser zu unterrichten. Diese Unterrichtung ist eine Bringschuld, die wir gegenüber unseren Bürgern zu erbringen haben. Deshalb sollten wir, Herr Präsident, nicht müde werden zu fordern, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Versammlung, auch was die personelle Ausstattung angeht, verbessert wird.

Meine Damen und Herren, über den Bericht ist – wie sich aus der Vorlage ergibt – im Ausschuß eingehend diskutiert worden. Er ist einstimmig angenommen worden. Ich würde mich freuen, wenn sich die Versammlung dieser Auffassung anschließen würde.

Schönen Dank.

Empfehlung 449

betr. die politischen Aktivitäten des Rates – Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung,

(i) ist der Ansicht, daß Entwicklungen im Atlantischen Bündnis die Verstärkung seines europäischen Pfeilers unerläßlich machen, und daß die WEU unter den derzeitigen Umständen noch immer die einzige Organisation ist, die in der Lage ist, diesen Pfeiler zu stellen;

(ii) ist der Ansicht, daß dieses Ziel auf dem Wege der zügigen Verwirklichung der Erklärung von Rom erreicht werden kann, und begrüßt es, daß die Verabschiedung der Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen den Ausgangspunkt für eine echte Neubelebung der WEU bietet;

(iii) nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die vom Rat am 27. Oktober 1987 verabschiedete Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen in den wesentlichen Punkten den Empfehlungen 420, 429, 432, 438, 441, 442 und 446 der Versammlung entspricht;

(iv) begrüßt die durch Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der WEU zustandegekommene Entwicklung und äußert Befriedigung darüber, daß der Rat – wenn auch zögernd – im Verlauf des Sommers 1987 erstmalig Artikel VIII Abs. 3 des Geänderten Brüsseler Vertrags in Verbindung mit der Golfkrise angewandt hat;

(v) bedauert jedoch die unzureichende Koordinierung der von den Mitgliedstaaten ergriffenen Schritte in dieser Region;

(vi) stellt fest, daß der 32. Jahresbericht des Rates nur in äußerst unzulänglicher Weise Rechenschaft über die Aktivitäten des Rates im Jahre 1986 ablegt;

(vii) bedauert die langsame Beantwortung der Fragen der Versammlung durch den Rat, seine immer später eintreffenden Berichte und die äußerst unzureichenden Informationen des Rates;

(viii) stellt fest, daß die vom Rat zunehmend häufiger angewandten „inoffiziellen" Verfahren nicht geeignet sind, diese Mängel zu mindern;

(ix) betont, daß die Erfordernisse der Versammlung als solche vollkommen unabhängig sind von denen der ministeriellen Organe, und daß die Reorganisation weder die Unabhängigkeit der Versammlung noch die des Sekretariats der Versammlung (Greffe) gegenüber den ministeriellen Organen beeinträchtigen darf,

empfiehlt dem Rat,

1. seine Verfahren zu beschleunigen, um eine schnellere Übermittlung der Informationen zu ermöglichen, die für die Versammlung von wesentlicher Bedeutung sind, um ihrer gemäß Artikel IX des Geänderten Brüsseler Vertrags festgelegten Kontrollfunktion im Hinblick auf die Aktivitäten des Rates nachkommen zu können; unter normalen Umständen eine Frist von acht Wochen für die Beantwortung von schriftlichen Fragen einzuhalten und einen termingerechten Zeitplan zu beachten, damit die Versammlung seine halbjährlichen Berichte so rechtzeitig erhält, daß sie diese in zweckmäßiger Weise beantworten kann;
2. die unverzügliche Verwirklichung der in Absatz III (a) 4 der von ihm am 27. Oktober 1987 verabschiedeten Plattform zum Ausdruck gebrachten Absichten zu gewährleisten;

3. unter Beachtung der Frist vom 31. Dezember 1987 die Maßnahmen für die Reaktivierung der Organe der WEU zu ergreifen, die es ermöglichen, die neuen Anforderungen zu erfüllen und dabei die Versammlung um ihre Stellungnahme zu dem vom Generalsekretär erarbeiteten Entwurf eines Organigramms zu bitten, bevor dieser Entwurf dem Rat zur Genehmigung vorgelegt wird;
4. die uneingeschränkte Anwendung von Artikel VIII des Geänderten Brüsseler Vertrages und insbesondere seines Absatzes 3 fortzusetzen;
5. sorgfältig den Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern in Sicherheitsangelegenheiten im Hinblick auf die Erweiterung der Zusammenarbeit auf alle Mitgliedstaaten zu untersuchen, ohne jedoch dabei den Ergebnissen der bilateralen Zusammenarbeit ihren Gehalt zu nehmen;
6. in Absprache mit dem Präsidialausschuß dafür Sorge zu tragen, daß bei Sitzungen der Versammlung eine zufriedenstellende Koordinierung im Hinblick auf die Anwesenheit von Ministern und ganz besonders die Teilnahme des Ratsvorsitzes an allen Debatten über die Berichte des Rates gewährleistet ist;
7. sicherzustellen, daß die gleichbleibende Struktur der ministeriellen Organe die Errichtung einer Einheit ermöglicht, die ausschließlich für die Durchführung einer aktiven Politik der Unterrichtung der Öffentlichkeit und der Presse zuständig ist, und die Unterrichtung der Versammlung und der Öffentlichkeit über Treffen des WEU-Rates auf der Ebene des Erweiterten Rates weiter fortzuführen und zu verbessern;
8. die Versammlung regelmäßig über Treffen und die Ergebnisse der Arbeit der besonderen Arbeitsgruppen und ihrer Untergruppen zu informieren;
9. der Versammlung unverzüglich die notwendigen Mittel und Mitarbeiter für die Reorganisation des Sekretariats der Versammlung (Greffe) zu bewilligen;
10. sicherzustellen, daß das Generalsekretariat in der Lage ist, den Rat bei all seinen Aktivitäten zu unterstützen.

Tagesordnungspunkt:

Der erste Teil des 33. Jahresberichts des Rates der WEU

(Drucksache 1123)

Berichterstatter: Außenminister van den Broek (Niederlande)

(Themen: die Tätigkeit des Rats und des Generalsekretariats – Organisation – WEU und europäische Sicherheit – SDI – europäische Rüstungszusammenarbeit – die Sicherheit im Mittelmeerraum – die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Außenministers, Jean-Bernard Raimond

(Themen: die Plattform über die europäischen Sicherheitsinteressen – der Beitritt Spaniens und Portugals zur WEU – Reorganisation der WEU-Institutionen – das INF-Abkommen und die Sicherheit Europas)

Abg. **Prof. Dr. Soell** *(SPD) stellt die Frage, warum Frankreich die durch den Ministerrat beschlossene Restrukturierung der Agenturen der WEU mit einer Entscheidung über den gemeinsamen Sitz der Organe der WEU verbinde.*

Außenminister **Raimond** *erwidert, da die Wiederbelebung der WEU eine Tatsache geworden sei und man eine Neuordnung ihrer Institutionen um der größeren Effizienz willen beschlossen habe, stelle sich das Problem des Sitzortes. Frankreich befürchte, daß es bei der Wahl Brüssels zu Unklarheiten zwischen der Rolle der NATO und der WEU kommen werde und befürworte aus den hinreichend dargelegten Gründen die Wahl von Paris etwa gegenüber derjenigen von London. Hauptziel müsse es in dieser Frage sein, das Atlantische Bündnis zu stärken.*

Tagesordnungspunkt:

Der Haushalt der Verwaltung der Versammlung 1988

(Drucksache 1121)

Berichterstatter: Abg. Linster (Luxemburg)

Tagesordnungspunkt:

Die Haushaltsrechnung der Versammlung für 1986

(Drucksache 1108)

Berichterstatter: Abg. Linster (Luxemburg)

Tagesordnungspunkt:

Abrüstung – Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1116)

Berichterstatter: Abg. Dr. Scheer (Bundesrepublik Deutschland)

(Themen: **Die Tätigkeit des Rates:** *Rüstungskontrolle und Abrüstung – Restrukturierung und Sitzfrage – die Plattform über die europäischen Sicherheitsinteressen – Erweiterung der WEU – die Agenturen für Sicherheitsfragen – satzungsmäßige Aufgaben des*

Rates im Verteidigungsbereich – das Rüstungskontrollamt – europäische Veteidigungszusammenarbeit außerhalb der WEU;

Internationale Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung)

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht des Verteidigungsausschusses ist im November verabschiedet worden. Er behandelt den Bericht des Rates über die zweite Hälfte des Jahres 1986. Dieser Bericht hat die Versammlung am 24. April 1987 erreicht. Er behandelt weiterhin den Bericht des Rates über die Periode von Januar bis Juni 1987, den die Versammlung am 16. November erhalten hat. Es war etwas zu spät, um über diesen letzten Ratsbericht vom 16. November im Ausschuß noch ausführlich zu debattieren. In diese Zeit fallen ja neue Entwicklungen, die insbesondere mit den Ereignissen in der Golfregion zusammenhängen. In der Abrüstungsfrage haben sich im letzten Jahr aber natürlich Ereignisse ergeben, die viele nicht erwartet haben. Das gilt vor allem auch für die Diskussion in dieser Versammlung.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß die Versammlung seit drei Jahren keinen **Abrüstungsbericht** mehr vorgelegt hat bzw. in Abrüstungsfragen keinen Konsens mehr erzielen konnte. Wir haben eine Periode hinter uns, in der es innerhalb der westeuropäischen Staaten und innerhalb der Nordatlantischen Allianz große Meinungsverschiedenheiten über die Schwerpunkte der Abrüstungspolitik gab. Es gab darüber Auseinandersetzungen, die in der Versammlung zuletzt dazu geführt haben, daß sich Meinungsverschiedenheiten aufhäuften, die nicht befriedigend lösbar waren.

Wir alle erinnern uns an die Debatten im letzten Dezember während der Tagung der Versammlung oder auch an die Debatten im Frühjahr, als es um den Bericht des Kollegen Amadei ging. Am Schluß war es so, daß der Kollege Amadei wegen der Meinungsverschiedenheiten, die in zahlreichen Amendments ihren Niederschlag fanden, seinem eigenen Bericht nicht zustimmen konnte.

Ich glaube, daß es in der vor uns liegenden Zeit vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die wir in der Versammlung gemacht haben, vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Monate, vor allem aber angesichts der Dinge, die vor uns liegen, notwendig ist, daß wir auch hier in der Versammlung wieder zu einem grundsätzlichen Konsens über Schwerpunkte kommen. Angesichts der Meinungsverschiedenheiten ist nun aber nicht zu erwarten, daß sich dieser Konsens in allen Punkten einstellt. Ich will die wesentlichen kontroversen Punkte anschließend gleich benennen. Unabhängig von diesen kontroversen Punkten gibt es aber doch eine Reihe von sehr wichtigen Grundlagen, im Hinblick auf die – zumindest auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate – Übereinstimmung besteht. Es ist wichtig, wenigstens auf dieser Basis zu einem Konsens zu kommen. Es wird für die nächste Zeit von großer Bedeutung sein, daß man sich innerhalb des Westens über die nächsten Schritte verständigt.

Die Entwicklungen haben – gemessen an den jahrzehntelangen Erfahrungen; wir haben erlebt, daß sich in der Abrüstungspolitik über Jahrzehnte nichts bewegt hat – teilweise revolutionären Charakter. Es gibt Abrüstungs- bzw. Rüstungskontrollvereinbarungen aus den letzten Jahrzehnten, die sich auf zwei verschiedene Inhalte beziehen. Beim SALT-I-Vertrag und beim SALT-II-Vertrag ging es um die Festlegung von gemeinsamen Obergrenzen, die teilweise zum Zeitpunkt des Abschlusses der Abkommen noch nicht einmal Realität waren. Überdies beziehen sich diese Abkommen allein auf die sogenannten strategischen Systeme, d. h. auf Atomwaffen, die unmittelbar amerikanisches bzw. sowjetisches Territorium betreffen.

Daneben gibt es andere Abkommen, die ich als Nicht-Rüstungsabkommen bezeichnen möchte. Ich denke hier an solche Abkommen, in denen für bestimmte Bereiche, für bestimmte Waffenkategorien generell darauf verzichtet wurde, einen entsprechenden Weg zu beschreiten. Ich nenne die beiden wichtigsten Abkommen dieser Art. Das erste ist der Non-Proliferation Treaty, der 1968 geschlossen worden ist, der 1970 in Kraft trat und den inzwischen über 120 Länder unterschrieben haben. Das zweite Abkommen dieser Art ist der ABM-Vertrag, in dem auf die Entwicklung und auf die Einführung von Raketenabwehrsystemen im Weltraum sowie auf Komponenten dieser Art verzichtet wurde. Dieser Vertrag ist heute noch ebenso in Kraft wie der Non-Proliferation Treaty. Man kann hinzufügen, daß der Atomteststoppvertrag von 1963 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion insofern auch einen Nicht-Rüstungsvertrag darstellt, als auf Atomwaffenversuche über der Erde, in der Atmosphäre und unter Wasser verzichtet wurde. Dieser Position hat sich auch Frankreich, das diesen Vertrag nicht unterzeichnet hat, 1975 in der Praxis angeschlossen. Auch China als fünfter Atomwaffenstaat hat sich dieser Position angeschlossen.

Es gab, bezogen auf die uns unmittelbar interessierenden Waffensysteme und Probleme in Europa, bisher kein Abkommen. Es gab, bezogen auf die europäischen atomaren Waffen, erstmals überhaupt Verhandlungen im Zusammenhang mit den INF-Verhandlungen. Seit 1973 gibt es die **MBFR-Verhandlungen** in Wien, die bis heute ohne Ergebnis geblieben sind. Die Frage, warum letztere ohne Ergebnis geblieben sind, kann nicht allein damit beantwortet werden, daß es eine mangelnde Konzessionsbereitschaft des Warschauer Paktes gegeben habe.

Die Ursachen liegen tiefer. Die bei den MBFR-Verhandlungen angestrebten Reduktionen – 900 000 Soldaten auf jeder Seite innerhalb des MBFR-Raumes – sind eine Position, die eigentlich seit über zwölf Jahren im Prinzip akzeptiert ist. In der Debatte wurden aber nie Fortschritte erzielt, wenn es um die Frage der Reduktionsquoten auf östlicher und auf westlicher Seite ging, d. h. darum, welche Reduktionsanteile jeder Staat übernehmen könnte. Über diese Frage ist selbst innerhalb des Westens nie qualifiziert diskutiert worden. Bis zum heutigen Zeit-

punkt hat der Westen keine Position erarbeitet, wie er sich denn die Realisierung eines MBFR-Abkommens innerhalb der westlichen Staaten vorstellt.

Wenn aber noch nicht einmal solche naheliegenden Fragen geklärt sind, kann natürlich nicht erwartet werden, daß es zu einem Abschluß kommt. Die Grundvoraussetzung für einen Abschluß ist schließlich, daß das eigene Konzept nicht nur in sich stimmen muß, sondern auch innerhalb des Westens auf einen Konsens stößt. Dann ist man in der Lage, mit der anderen Seite zu verhandeln, die sicherlich auch spezifische Probleme hatte, welche dazu führten, daß auf dem Wege zu einem MBFR-Abkommen keine größeren Fortschritte erzielt wurden.

Zusammenfassend können wir angesichts der bisherigen Erfahrungen mit Abrüstung und Rüstungskontrolle sagen, daß die europäische Problematik nicht ausreichend behandelt wurde und daß das Problembewußtsein und die Konzepte, wie man zu Abrüstungsvereinbarungen kommt, nicht besonders weit entwickelt waren.

Es gab zwar im Laufe der Jahre immer wieder eine Reihe von weiterführenden Vorschlägen – auch seitens der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union –, aber sie haben das Geschehen nicht konstruktiv beeinflussen können. Man kann unterstellen, daß der politische Wille nicht in ausreichendem Maße vorhanden war, daß im Hinblick auf Abrüstung nicht in ausreichendem Maße politische Schwerpunkte gesetzt wurden, daß andere Probleme im Vordergrund standen und daß es wahrscheinlich in großem Maße daran gemangelt hat, daß die westeuropäischen Staaten untereinander zu einer Willensbildung gelangt sind, die es möglich gemacht hätte, eine gemeinsame Position einzunehmen.

In dieser Hinsicht hat sich jetzt vieles geändert, sowohl im Ost-West-Verhältnis als auch innerhalb des Westens. Der Abschluß des **INF-Abkommens** steht bevor. Die Außenminister haben es gegengezeichnet; der amerikanische Präsident und der sowjetische Generalsekretär wollen es am 7. Dezember unterzeichnen. Wir können heute – wenige Tage davor – davon ausgehen, daß es zur Unterschrift unter diesen Vertrag kommt, der eine ganze Waffenkategorie, nämlich die landgestützten Mittelstreckenraketen, auf beiden Seiten beseitigen soll, und zwar unabhängig von der Anzahl der auf beiden Seiten vorhandenen Raketen. Dies bedeutet ohne Zweifel einen Einschnitt in der gesamten Nachkriegsgeschichte: Es ist das erste tatsächliche Abrüstungsabkommen, das erste Abkommen, das die europäische Problematik einbezieht.

Daneben stehen eine Reihe von sehr bedeutsamen Absichtserklärungen sowohl des Warschauer Paktes – ich verweise auf die gemeinsamen Erklärungen von Budapest und Ost-Berlin – als auch der NATO. Beide Seiten stellen sich darauf ein und haben den Willen formuliert, zu einer breiten konventionellen Abrüstung in Europa und auch zu einer Fortsetzung des Prozesses der atomaren Abrüstung zu gelangen.

Für uns ist es in dieser Situation wichtig, zunächst einmal – wie ich es eingangs formuliert habe – die prinzipiellen Gemeinsamkeiten im Ost-West-Verhältnis und innerhalb des Westens zu betonen, so daß wir uns in Zukunft über die einzelnen Realisierungsschritte unterhalten können. Wir haben die große Chance, daß es jetzt nicht mehr um das **Ob** von Abrüstung geht, daß dies also keine Frage mehr ist, die strittig ist, sondern daß es jetzt um das **Wie** der einzelnen Schritte zu gehen hätte.

Die Grundlage, die wir innerhalb des Westens inzwischen haben, ist die, daß wir im Zuge der Verhandlungen in Wien über ein gemeinsames Mandat für eine **europäische Abrüstungskonferenz** den Geltungsraum vom Atlantik bis zum Ural im Prinzip mit den Staaten des Warschauer Paktes bereits abgesprochen haben. Wir sind uns darüber einig, daß es hierbei nicht nur um die Frage der gleichen Reduktionsquoten bei einzelnen Waffensystemen geht, was übrigens auch sehr schwierig wäre, denn konventionelle Waffen einander gegenüberzustellen ist schwieriger, als es bei atomaren Waffen möglich ist.

Es wird also notwendig sein, in diesen Fragen der konventionellen Abrüstung die Doktrinen zu überprüfen, die in besonderer Weise Mißtrauen gegenüber der anderen Seite hervorrufen. Mit anderen Worten, es geht nicht mehr in erster Linie um das simple Prinzip der zahlenmäßig gleichen Reduktion, denn dies würde auch wesentliche Probleme gar nicht berühren. Wir haben es natürlich mit einer Reihe von Asymmetrien bei bestimmten Waffenkategorien zu tun, wir haben es mit unterschiedlichen geographischen Grundlagen zu tun, und wir haben es damit zu tun, daß die militärischen Strategien und die Doktrinen unterschiedlich sind.

All dies zusammen muß behandelt werden, wenn man zu einem Ergebnis kommen will, wenn man auch die Erfahrungen nicht wiederholen will, die in Wien gemacht worden sind, insbesondere die Erfahrung, daß man 14 Jahre lang ohne Ergebnis verhandelt.

Es ist nicht so, daß wir uns diesen Zeitaufschub leisten könnten, denn für die Notwendigkeit von Abrüstung sprechen eine Reihe von fundamentalen Tatbeständen. Da ist nicht nur die Gefährlichkeit von Waffenpotentialen. Die ist immer gegeben. Die wäre sicher auch dann noch gegeben, wenn weniger Waffen vorhanden wären. Wir erleben aber darüber hinaus weltweit, auch und ganz besonders auf der sowjetischen Seite oder in allen Staaten des Warschauer Paktes, daß sich diese Länder die Fortsetzung ihrer Rüstungsanstrengungen, die teilweise weit über 10 % des Bruttosozialprodukts ausmachen, nicht länger leisten können, weil sie ansonsten in keiner Weise mehr eine Befriedigung der ökonomischen Bedürfnisse ihrer Bevölkerung realisieren können. Die Schwierigkeiten, die sie in dieser Frage haben, sind ohnehin schon eminent groß, und bei Fortsetzung der jetzigen Prioritätensetzung würden sie unlösbar. Es ist also für die Reformkräfte im Bereich des Warschauer Paktes ein Gebot der Vernunft, daß sie von der Priorität militärischer Anstrengungen auf die Priorität ziviler Anstrengungen umschalten.

Wir haben aber auch im Westen fundamentale Probleme dieser Art, wenn sie auch nicht so gravierend sind, wie es in Osteuropa der Fall ist. Die Vereinigten Staaten haben erhebliche Haushaltsprobleme, Haushaltsprobleme, die in den letzten fünf Jahren angewachsen sind. Weltweit werden allein durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion 55 % der Rüstungsausgaben getätigt. In den letzten sechs Jahren gab es eine 70 %ige Steigerung der Rüstungsausgaben. Dies findet inmitten einer langanhaltenden weltwirtschaftlichen Strukturkrise statt, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist, einer Strukturkrise sowohl im Nord-Süd-Verhältnis als auch innerhalb des Westens selber, von den wirtschaftlichen Strukturkrisen in Osteuropa ganz zu schweigen.

Die zunehmenden amerikanischen Haushaltsschwierigkeiten werden zwangsläufig dazu führen, daß in den Vereinigten Staaten lauter und drängender die Forderung an Westeuropa erhoben wird, daß wir die Rüstungsausgaben erhöhen sollen, denn es ist aus amerikanischer Sicht schwer einsehbar, daß die Amerikaner, obwohl sie schwerwiegendere Haushaltsprobleme haben als wir, höhere Militärausgaben haben als wir in Westeuropa.

Wir wissen aber auch, daß die wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen in Westeuropa, die tief verankert sind, eine Steigerung der Militärausgaben nur unter Inkaufnahme großer innenpolitischer Schwierigkeiten, vor allem sozialpolitischer Schwierigkeiten, möglich machen würden. Das bedeutet, daß auch wir ein Interesse daran haben müssen, daß sich die Strukturen ändern. Wir müssen dabei immer im Auge haben, daß wir in Europa auf dem Kontinent leben, in dessen Zentrum sich der Ost-West-Konflikt abspielt, auf dem Kontinent, durch den die Trennung zwischen Ost und West geht, und daß dies der Kontinent mit der größten Rüstungsbelastung ist.

Es gibt also vielerlei Gründe, die uns zur Umorientierung auf einen forcierten Abrüstungsprozeß veranlassen.

Das Positive an diesen Entwicklungen ist, daß über die prinzipiellen Fragen, über die wir heute sprechen, auch auf der Seite des Warschauer Paktes – teilweise in gleicher Form – diskutiert wird, so daß es hier die große Chance gibt, daß man zu einer neuen Grundlage findet. Die Stichworte dabei sind, um es noch einmal ganz kurz anzureißen: nicht nur starr auf einzelne Waffenkategorien schauen, sondern auf Asymmetrien auf allen Seiten schauen, vor allem aber die Doktrinen verändern, um mehr Vertrauensbildung zu ermöglichen, und zwar dort verändern, wo sie die Fähigkeit zu Angriffshandlungen zum Inhalt haben. Aus all dem ergibt sich, daß wir diesen Konsens festschreiben sollten.

Darüber hinaus gibt es – das möchte ich nicht verschweigen – für die Zukunft eine Reihe schwerwiegender Probleme, die wir noch nicht im Konsens behandeln können. Wir haben in dem Bericht – das gilt auch für mich als Berichterstatter – diese unter Umständen konfliktträchtigen Punkte nicht vorrangig thematisiert, weil es uns zunächst einmal darum ging, wieder eine Konsensgrundlage zu schaffen. Ich möchte jetzt allerdings in ein paar Sätzen noch die Richtung und die verschiedenen Möglichkeiten aufzeigen, die sich ergeben und die einer weiteren Diskussion zwischen den Regierungen und auch hier in der Versammlung überlassen bleiben müssen.

Wir sind uns darüber einig, daß es als nächste wahrscheinlich die Chance zu einer Reduzierung der sogenannten strategischen Waffen um vielleicht 50 % gibt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird am 7. Dezember auch darüber bereits gesprochen werden.

Jenseits der genannten Punkte, in denen wir uns einig sind, ist in der Frage, wie es in Europa weitergeht, noch die Unklarheit gegeben, auf welche Weise man künftig beim Problem der Abrüstung atomarer Waffen vorankommen kann und wie dies dann mit der Doktrin der atomaren Abschreckung in Übereinstimmung zu bringen ist. Unklar ist auch, in welcher Bandbreite wir, geographisch gesehen, die konventionelle Abrüstung behandeln. Da gibt es verschiedene Positionen. Ist es im Zusammenhang mit den Mandatsvorbereitungen für Wien denkbar, daß nur über konventionelle Waffen verhandelt wird? Es würde zumindest bei den mitteleuropäischen Staaten – Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Niederlande, Luxemburg – sicherlich auf keine allzu große Vorliebe stoßen, wenn man es nur darauf beschränken würde. Wir haben es in Zentraleuropa mit einer Fülle von atomaren Waffen zu tun, mit Waffen, die ständig die Gefahr einer Selbstzerstörung mit sich tragen. Das heißt, wir werden darauf bestehen müssen, daß auch die atomaren Waffen kürzerer Reichweite bei den künftigen Verhandlungen eine zentrale Rolle spielen.

Es gibt Positionen, die besagen, man sollte konventionelle und atomare Abrüstung miteinander verschränken. Die Frage, ob das sinnvoll ist, bedarf einer intensiveren Debatte. Es gibt Positionen, die besagen, man sollte über die Abrüstung konventioneller Waffen und atomarer Waffen parallel verhandeln und dann vielleicht bei einem Abschluß eine Verschränkung versuchen, vielleicht aber auch zu getrennten Abkommen kommen. Es gibt sicherlich auch Vorschläge die besagen: Laßt uns jetzt einmal über die Möglichkeit der Abrüstung von atomaren Kurzstreckenraketen prioritär verhandeln.

In jedem Falle wird sich, sobald es um die weitere Abrüstung atomarer Waffen in Europa geht, innerhalb des Westens die Notwendigkeit ergeben, daß die jetzige Abschreckungsdoktrin überprüft wird. Sie muß dahingehend überprüft werden, in welcher Weise dann, wenn denn nach dem Willen der meisten Regierungen noch für längere Zeit am Abschreckungsprinzip festgehalten werden soll, die Abschreckung noch gewährleistet werden könnte, wenn die Abschreckungswaffen auf beiden Seiten aus Mitteleuropa abgezogen würden. Es wird mithin künftig über die Frage einer „minimal deterrence" zu diskutieren sein.

All diese Punkte, die ich jetzt genannt habe, tauchen in dem Bericht nicht auf, und zwar aus Gründen, die ich genannt habe. Wir haben aber sicherlich die Aufgabe – und deswegen habe ich das hier jetzt angerissen –, uns in Zukunft sehr präzise Gedanken über die

Wege zur Abrüstung zu machen. Je mehr wir das auf der Basis eines Konsenses in den Punkten, die jetzt im Bericht stehen, tun können, desto konstruktiver und kreativer wird diese Debatte sein. Ich glaube, das läge in unser aller Interesse.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem Bericht, den der Kollege Scheer gerade gegeben hat, möchte ich natürlich vor allem Bemerkungen insoweit machen, als der Bereich betroffen ist, den wir besonders herausgestellt haben: die Frage der Abrüstung. Aber bevor ich das tue, eine kurze Vorbemerkung zu etwas, was auch in dem Bericht steht, was der Kollege Scheer in dem Zusammenhang jedoch nicht besonders erwähnt hat, was vielleicht auch nicht so bedeutend ist. Ich glaube aber, daß es erwähnt werden sollte, weil der französische Minister das heute nachmittag auch zur Sprache gebracht hat. Es handelt sich um die Frage des Beitritts von beitrittswilligen Ländern zur Westeuropäischen Union.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang noch einmal Portugal, weil ich der Meinung bin, daß alle Kriterien, die aufgestellt worden sind, im Fall Portugal zutreffen. Ich sehe nicht ein – es ist sehr deutlich geworden, daß das die Haltung des Rates ist; denn der französische Minister hat diese Verbindung auch hergestellt –, daß die Entscheidung über Portugal sozusagen nur im Zusammenhang mit der Entscheidung über Spanien fallen kann. Ich halte das für eine falsche Position. Ich halte das – ich möchte nicht sagen: für eine entwürdigende – für eine nicht angemessene Position gegenüber dem beitrittswilligen Land Portugal, das sozusagen nur als ein Anhängsel von Spanien behandelt wird. Dafür, daß beide auf derselben iberischen Halbinsel beheimatet sind, darf das eine Land nicht bestraft werden.

Ich glaube, ich sollte diese Vormerkung machen.

Was nun die Frage der **Abrüstung** betrifft, so zunächst auch hier zwei Feststellungen. Es gibt keinen Zweifel, daß die Szenerie ungeheuer in Bewegung gekommen ist, nicht zuletzt durch das Treffen in Reykjavik und durch das, was folgte. Diese ungeheure Bewegung hat dazu geführt, daß auch Irrungen und Wirrungen in der Debatte über die Abrüstung auftreten. Die doppelte Null-Lösung bei den INF-Waffen, die Folgen dieser INF-Reduzierungen – das sind alles Punkte, die im Westen, innerhalb der NATO und innerhalb der WEU meiner Meinung nach nicht rechtzeitig genug klar diskutiert und beantwortet worden sind.

Es hat eine ganze Reihe von Verwirrungen gegeben. Ich erinnere nur daran, daß es verschiedene Äußerungen zum Zeitpunkt, zum Umfang gegeben hat. Ich erinnere an die Debatte, die es etwa um die Pershing-I a-Raketen in der Bundesrepublik gegeben hat. All das hätte nicht stattzufinden brauchen, wenn die Herstellung des Konsensus im westlichen Lager zu einem früheren Zeitpunkt möglich gewesen wäre.

Wenn wir über Abrüstung sprechen, dann müssen wir etwas aufgreifen, was der Kollege Scheer ja auch in seinem Bericht aufgegriffen hat, nämlich die Frage der Glaubwürdigkeit dessen, was etwa vom Warschauer Pakt in diesem Zusammenhang in die Debatte eingebracht wird. Wenn in dem Bericht das Dokument des Warschauer Paktes seiner Berliner Sitzung vom 29. Mai 1987 zitiert wird, dann möchte ich auf eine Passage verweisen, die in dem Bericht nicht zitiert wird, die aber auch ganz interessant ist. Es heißt dort zu Beginn – das ist im Anhang abgedruckt –, daß die **Militärdoktrin des Warschauer Paktes** streng auf das Ziel ausgerichtet ist, den Krieg zu vermeiden – sowohl den Nuklearkrieg als auch den konventionellen –, und daß es außerhalb des sozialistischen Systems nie eine militärische Lösung geben darf.

Das ist im Prinzip nach wie vor die Breschnew-Doktrin, die dort festgeschrieben wird; denn es wird ja ausdrücklich sozusagen nur auf dem Gebiet außerhalb des Warschauer Paktes Zurückhaltung bei der Anwendung von militärischen Maßnahmen zugestanden, nicht für den Bereich des Warschauer Paktes selbst. Man wird also nie einen Vorwurf erheben können, wenn es einen zweiten Zug nach Prag oder sonstwohin geben sollte.

In dem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wie das Verhältnis zu **Afghanistan** innerhalb des Warschauer Paktes erörtert wird; denn es könnte durchaus sein – wie der Kollege Scheer meint –, daß Afghanistan eben nicht nur ein negatives Beispiel dafür ist, daß die Glaubwürdigkeit dieser Doktrin sozusagen erst dann abgesichert ist, wenn die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurückgezogen sind. Es könnte im Bereich des Warschauer Paktes auch die Interpretation geben, daß der Fall Afghanistan mit einer sozialistischen Regierung in Kabul eine ganz andere Situation darstelle, für die diese Position des Warschauer Paktes – die friedliche Anwendung politischer Mittel – gar nicht zu gelten habe; das sei auch gar kein Widerspruch zu dem, was man hier ausgesagt habe.

Trotzdem müssen wir feststellen, daß Bewegung in die Abrüstungsdebatte gekommen ist, daß wir auf der Seite des Warschauer Paktes jetzt eine Erklärung finden, die in anderer Form 1969 vom damaligen amerikanischen Präsidenten Nixon abgegeben wurde, als die Militärdoktrin der Vereinigten Staaten dadurch geändert wurde, daß man von der strategischen Überlegenheit abrückte und sich zu einer ausreichenden Rüstung, zu einem Gleichgewicht bekannte. Das wird heute durch den Warschauer Pakt wieder in die Diskussion eingeführt, und das wird vor allem durch Gorbatschow in seinem „Perestroika"-Buch und in seinen vielen Äußerungen unterstrichen, u. a. in einem Fernsehinterview, das er dieser Tage gegenüber einem amerikanischen Fernsehsender gegeben hat.

Freilich, die Ankündigung, daß die Sowjetunion bzw. der Warschauer Pakt von der bisherigen offensiven Doktrin abrücken und zu einer Doktrin wolle, die davon ausgeht, daß man eben nur das zur Verteidigung Notwendige bereitstellen wolle, ist etwas, was einer genauen Nachprüfung unterzogen werden muß. Dort muß es im Laufe der nächsten Monate ohne Zweifel noch erhebliche Verifizierungen geben.

Es gibt keinen Zweifel, daß die bisherige Militärdoktrin des Warschauer Paktes offensiv ausgerichtet war. Alle Experten auf diesem Gebiet gehen davon aus, daß sowohl die Dislozierung der Streitkräfte der Sowjetunion – etwa in Mitteleuropa – als auch die entsprechenden Anweisungen auf eine offensive Strategie hin – man spricht sogar von einer Blitzkriegstrategie – ausgerichtet sind. Alle Äußerungen, die etwa auch der sowjetische Verteidigungsminister Jasow in einem Interview mit der „Prawda" am 27. Juli 1987 gemacht hat, reichen nicht aus, um wirklich Klarheit über die sowjetischen Absichten zu bekommen.

Ich darf in dem Zusammenhang einen Vizedirektor der amerikanischen Abrüstungsbehörde zitieren, Herrn Lynn Hansen, der dieser Tage etwas geäußert hat, was für uns im Westen natürlich nachdenkenswert ist, weil wir in einer parlamentarischen Demokratie von ganz anderen Voraussetzungen bei Militärdebatten ausgehen, als das im Ostblock der Fall sein kann. Er stellte nach einem Besuch in Moskau fest, daß man im Gespräch mit sowjetischen Diplomaten oder mit Leuten, die im Zentralkomitee für solche Fragen zuständig sind – vielleicht sogar aus dem Bereich des Militärs kommen –, durchaus Äußerungen hören kann, die dem ähneln, was im Westen geäußert wird, daß aber ganz andere Ansichten anzutreffen sind, wenn man in unmittelbaren Kontakt zu Offizieren kommt, die innerhalb der Armee, also nicht im Apparat etwa des Zentralkomitees oder der Diplomatie, eine Rolle spielen.

Das ist natürlich immer problematisch in einem Land, in dem keine demokratische Kontrolle vorhanden ist. Das unterscheidet die beiden Systeme ja von der politischen Struktur her. Ich glaube, das sind Punkte, die uns in der weiteren Debatte noch stark beschäftigen werden.

Interessant ist ja, daß die vagen, nicht klaren Ankündigungen, die etwa von offiziellen Stellen zu dieser defensiven Strategie geäußert werden, immer Erläuterungen bedürfen, die dann nicht aus dem militärischen Apparat kommen, sondern aus dem Propagandaapparat des Zentralkomitees, entweder von irgendeinem stellvertretenden Chefredakteur oder einem Chefredakteur oder einem Assistenten im Außenministerium oder einem Korrespondenten der „TASS", die dann versuchen, auf das einzugehen, was unserer westlichen Sprachregelung entspricht, was aber nicht offiziösen Äußerungen entspricht, die auf der anderen Seite gemacht werden.

Eine vorletzte Feststellung. Der Kollege Scheer hat in seinen Ausführungen im Zusammenhang mit Abrüstungsverhandlungen, die notwendig sind, von der Asymmetrie gesprochen. Sie sei vor allem dann erforderlich, wenn man in den konventionellen Bereich vordringe. Das wird ja der Punkt sein, wo die Probe aufs Exempel gemacht werden muß. Man kann für seine Argumentation positiv anführen, daß im Bereich der INF-Verhandlungen bereits asymmetrische Abrüstungsschritte vorgenommen werden, wobei man – wie er selber mit Recht einräumte – den nuklearen Bereich natürlich nicht ohne weiteres mit dem konventionellen Bereich vergleichen kann.

Die Schwierigkeiten, die wir im Bereich der MBFR-Verhandlungen über fast zwei Jahrzehnte gehabt haben, zeigen uns ja, wo der eigentlich problematische Punkt der Abrüstungsverhandlungen liegen wird. Deswegen wird es notwendig sein, gerade in dieser Frage der asymmetrischen Verhandlungen im konventionellen Bereich in möglichst absehbarer Zeit Klarheit zu bekommen. Wenn das nicht gelingen würde, käme meiner Ansicht nach der ganze Abrüstungsprozeß sehr schnell wieder zum Stillstand. Er würde sich dann auf das beschränken, was jetzt vielleicht in den unmittelbaren Verhandlungen über INF erreicht wurde.

Eine letzte Bemerkung. Gerade unter diesen Aspekten ist die ständige, die rasche und vor allem die eigenständige **Konsultation innerhalb der WEU**, unter den europäischen Mitgliedern des Nordatlantikpakts von so ungeheurer Bedeutung, damit abgestimmt zwischen Washington und Europa rechtzeitig die Maßnahmen beschlossen werden können, die notwendig sind, um auf all das, was von seiten des Warschauer Paktes in die Diskussion eingebracht werden kann, auch die angemessene, rechtzeitige und konsolidierte Antwort geben zu können.

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, zunächst einmal möchte ich den Bericht loben. Ich begrüße vor allem die Art, auf die er die verschiedenen Abrüstungsverhandlungen und den dabei erreichten Fortschritt neu eingeschätzt hat. Es ist keine Schönfärberei, es ist auch kein überschäumender Optimismus, sondern es ist eine vorsichtig optimistische Einschätzung.

Hingewiesen worden ist dort auch – damit komme ich zu meinem ersten inhaltlichen Punkt – auf die Fülle detailliertester Bestimmungen, die der **INF-Vertrag** nach sich ziehen wird. Es handelt sich um ein ganz rigides **Verifikationsregime**, über dessen Einzelheiten wir gegenwärtig noch relativ wenig wissen. Es ist aber wichtig, daß sich die Organe der Westeuropäischen Union frühzeitig hinsichtlich dessen kundig machen, was dort an Bestimmungen vorliegt.

Wir stehen vor der Tatsache, daß über 13 Jahre hinweg die Bestimmungen dieses Abkommens verifiziert werden sollen, daß in den ersten drei Jahren bis zu 20 Inspektionen „auf Verdacht" auf jeder Seite möglich sein werden und daß dieses rigide Kontrollregime auch deswegen notwendig ist, weil wir in diesem Bereich, aber auch in den Bereichen der chemischen und vieler anderer Waffen noch nicht ausreichend über das Bescheid wissen, was tatsächlich vorhanden ist. Dies wird durch die Tatsache belegt, daß die ganzen Annahmen über das, was auf sowjetischer Seite an Sprengköpfen, an nachladbaren Systemen da war, durch die Zahlen, die in den letzten Wochen zutage gefördert worden sind, erheblich nach oben korrigiert worden sind. Gegenwärtig spricht man von über 3000 Sprengköpfen, die in diesem Bereich allein von der Sowjetunion demontiert werden müssen.

Lassen Sie mich nun zu meinem zweiten Punkt kommen. Der Bericht spricht noch einmal die Reduzie-

rungen im Zusammenhang mit den **MBFR-Verhandlungen** in Wien an. Ich meine, daß sich die Einwände unserer französischen Freunde, daß der Reduzierungsraum eigentlich immer viel zu eng ausgelegt war, jetzt doch zumindest in diesem Punkt als richtig erweisen. Es wird ganz entscheidend darauf ankommen, daß in dem inzwischen ja projektierten weiteren Reduzierungsraum zwischen Atlantik und Ural eben auch alle mitziehen, die in diesem Raum entscheidende Truppenstärken konzentriert haben. Insoweit ist natürlich auch Frankreich aufgefordert, sich intensiv an den Diskussionen und Verhandlungen zu beteiligen.

Dabei wird es – da stimme ich dem Berichterstatter voll zu – eben nicht mehr nur darum gehen, quantitative Obergrenzen festzuhalten und Asymmetrien quantitativer Art zu beseitigen, sondern auch darum, die geographischen Probleme, die existieren, aber auch die Doktrinen immer mit einzubeziehen.

Der Kollege Müller sprach gerade von der Offensivdoktrin, die die Staaten des Warschauer Paktes haben. Wenn man es einmal vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen, die die Sowjetunion gemacht hat – und daran sind wir Deutschen ja nicht ganz unbeteiligt gewesen –, sieht, ist es mehr eine offensive Defensivdoktrin. Das heißt, die Sowjetunion sagt – das hat sie jetzt auf der Tagung des Militärausschusses des Warschauer Paktes am 29. Mai 1987 in Berlin auch noch einmal bestätigt –, im Falle eines Konfliktes würde sie und würden auch ihre Verbündeten versuchen, den Konflikt sofort auf dem Territorium der anderen Seite zu führen.

Wir wissen aber, daß es natürlich auch auf der Seite Osteuropas Regierungen gibt, die daran interessiert sind, daß die Doktrinen in Richtung einer unverwechselbar nicht provozierenden Verteidigungspolitik geändert werden. Auch darüber müssen wir intensiv reden, auch in dieser Hinsicht müssen wir unsere bilateralen Kontakte nutzen – auch in Gesprächen mit den politischen Kräften und Regierungen in Osteuropa, nicht nur in der Sowjetunion, sondern eben auch in Polen, in der DDR, in der CSSR und in anderen Ländern.

Aber es geht nicht nur um Asymmetrien im quantitativen Bereich, nicht nur um die Änderung von Militärdoktrinen, sondern auch um Waffenqualitäten und um die Diskussion über Zonen unterschiedlicher Präsenz von Waffen, die in besonderer Weise zum Angriff geeignet sind, wobei es nicht nur um Waffen im ursprünglichen Sinne des Wortes geht, also um Panzer, Flugzeuge und Artillerie, sondern z. B. auch um Brückenlegegeräte, um das, was insgesamt an Logistik dazu geeignet ist, große Ströme zu überspringen und offensiv zu operieren.

Schließlich geht es auch um ein Vorankommen bei dem, was wir inzwischen schon an positiven Erfahrungen im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen gesammelt haben. Man höre sich nur einmal genau die Berichte der Inspektoren an, die – insbesondere auf Grund des Stockholmer Abkommens vom September 1986 – in letzter Zeit Manöver beobachtet haben. Diese Berichte zeigen deutlich, daß ganz bestimmte Neueinschätzungen möglich sind und daß der Prozeß der Vertrauensbildung weitergegangen ist, aber diese Berichte zeigen auch, daß wir eine Reihe von zusätzlichen Forderungen erheben müssen und daß es wahrscheinlich notwendig ist, längerfristig so etwas wie ein Ost-West-übergreifendes Krisenkontrollzentrum in Europa zu schaffen, und zwar gerade vor dem Hintergrund der in West und Ost immer noch sehr unterschiedlich eingeschätzten Rolle der nuklearen Waffen und ihrer Wirkung im Rahmen der Gesamtstrategie.

Abschließend möchte ich das wiederholen, was ich anläßlich der Debatte über den Bericht des Generalsekretärs gestern schon einmal als Frage formuliert habe. Die Westeuropäische Union und ihre Organe sind, damit sie an diesem konstruktiven Dialog zwischen Ost und West teilnehmen können, aufgerufen, sich sehr viel besser zu organisieren und sich frühzeitig kundig zu machen. Wir müssen an diesem Dialog intensiv teilnehmen, damit wir als Westeuropäer und als wesentlicher Teil des Nordatlantischen Bündnisses bei diesem Wettbewerb der Ideen nicht weiter zurückfallen. Denn von westlichen politischen Kräften bis hin zur Friedensforschung ist in den letzten Jahren viel an Ideen, Inhalten und Begriffen in die europäische Öffentlichkeit gebracht worden, vieles, was in den jetzigen Diskussionen in der Sowjetunion positiv aufgenommen wird – wenn auch häufig im Detail noch nicht sehr ausgeführt –, und es wäre sehr schade, wenn die westliche Autorenschaft auf diesem Felde verlorenginge.

In diesem Sinne fordere ich alle, die sowohl auf nationaler Ebene als auch im Rahmen der westeuropäischen Union an diesem konstruktiven Dialog mitwirken können, auf, dies verstärkt zu tun.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich möchte mich zunächst beim Berichterstatter und beim Ausschuß für den Bericht bedanken. Er hat in überaus präzisen und kühlen Worten die Realität der Westeuropäischen Union dargestellt und in nicht ganz so kühlen und präzisen Worten auf die Hoffnungen hingewiesen, die viele Menschen in Europa mit der augenblicklichen Entwicklung verbinden. Ich möchte zu beiden Punkten ein paar Anmerkungen machen.

Die erste Anmerkung ist rein technischer Art. Ich bedanke mich beim Ausschuß für die Empfehlung, daß das Generalsekretariat in Zukunft bei der jeweiligen Präsidialmacht in den Monaten, in denen ein Staat den Vorsitz im Ministerrat führt, direkt vertreten sein soll. Ich glaube, auf diese Weise ist es möglich, einen großen Teil der Schwierigkeiten, die sonst beim jeweiligen Präsidialwechsel entstehen, zu beseitigen. Es wird auf diese Weise leichter sein, bürokratische Strukturen gar nicht erst aufkommen zu lassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei Herrn Kollegen Baumel bedanken, der gerade auf die Gefahr einer Bürokratisierung hingewiesen hat. Ich möchte hier zugleich eine Anregung wiederholen, die ich vor Jahren schon einmal in diesem Hause gegeben habe, nämlich die Anregung, in der jetzi-

gen zentralen Agentur nicht Beamte auf Lebenszeit einzustellen. Vielmehr müßte es möglich sein, daß die verschiedenen Regierungen Spitzenbeamte für eine bestimmte Zeit in die Agentur entsenden, damit zu den Realitäten in den einzelnen Staaten stärker ein unmittelbarer Kontakt hergestellt wird, als dies manchmal in dem „Glaskasten" von London oder Paris möglich ist.

Herr Präsident, ich möchte eine zweite Bemerkung machen, die sich auf die Frage bezieht, wo der **Sitz der Westeuropäischen Union** künftig sein soll. Wir hatten gestern bereits Gelegenheit, aus einem anderen Anlaß darüber zu sprechen. Ich nehme den Punkt jetzt noch einmal auf weil sich der Ausschuß in dem Bericht – in dem Bericht wird betont, daß es sich nicht nur um die Meinung des Berichterstatters, sondern um die Meinung des Ausschusses handelt – sehr prononciert für Brüssel ausgesprochen hat. Ich habe persönlich nichts gegen die Hauptstadt des Königreiches Belgien. Ich habe aber Bedenken, wenn ich die Argumente, die für die Verlegung des Sitzes nach Brüssel angeführt werden, lese. Diese Argumente laufen letztlich darauf hinaus, aus der Westeuropäischen Union eine Unterabteilung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft werden zu lassen.

Nun habe ich nicht das Geringste gegen die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft einzuwenden. Im Gegenteil, ich bin wie der Herr Berichterstatter der Meinung: Wer Mitglied der Westeuropäischen Union sein will, muß auch Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft sein. Die Westeuropäische Union hat aber im Rahmen der Revitalisierung in den letzten Jahren zusätzliche politische Aufgaben bekommen. Die Aufgaben sollen weiter ausgeweitet werden. Deswegen wäre es falsch, wenn wir uns nun in den Schatten der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft begeben. Wenn wir dem Vorschlag des Herrn Berichterstatters folgten, würden die Mitglieder des Ständigen Rates der Westeuropäischen Union mit unseren Vertretern im Ständigen Rat der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft identisch sein. Das hielte ich nicht für gut.

Herr Kollege Scheer meinte, es gebe eine bestimmte Interessenidentität. Ich schließe nicht aus, daß dies partiell so ist. Eine solche Identität genügt aber nicht. Die Westeuropäische Union kann, wie ich glaube, erst dann wirklich eine eigenständige Institution sein, wenn sich der Ständige Rat auch ständig mit der Westeuropäischen Union beschäftigt und weder beim NATO-Rat noch, wie es jetzt der Fall ist, beim Hof von St. James durch die Botschafter, die dort von den einzelnen Mitgliedstaaten akkreditiert sind, angebunden ist.

Wir sollten eher vorschlagen – ich meine, dies müßten wir in den nächsten Monaten einmal tun –, einen eigenen **Ständigen Rat** einzurichten. Ich denke dabei nicht daran, daß wir eine neue Botschafterkonferenz oder ständige Botschafter am Sitz der Westeuropäischen Union haben müßten. Es wäre möglicherweise viel günstiger, wenn die Beamten, die in den Ministerien ständig mit der Westeuropäischen Union beschäftigt sind, sich sozusagen als Ständiger Rat konstituierten. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen ist dies kein Problem. Sie hätten dann vor allem den Vorteil, daß sie als Experten nicht erst andere darüber zu informieren hätten, was sie möglicherweise im Ständigen Rat vortragen sollten. Wir hätten die Experten direkt am Ort verfügbar.

Als dritten Punkt, der mir wichtig erscheint, möchte ich die Frage der neuen Mitglieder ansprechen. Dazu ist im Bericht ein Vorschlag unterbreitet worden.

Ich möchte dazu mit allem Nachdruck sagen: Wenn die Westeuropäische Union **neue Mitglieder** aufnimmt – dagegen sollten wir nichts einwenden –, dann sollten diese die gleichen Rechte und Pflichten haben, die bereits die anderen Mitglieder besitzen. Wir dürfen nicht versuchen, den künftigen Mitgliedern schon vor dem Beitritt Ausnahmeregelungen zu gewähren, die das eine oder andere Land hier im Laufe der letzten 30 Jahre erworben hat. Es wäre schlimm, wenn wir eine Westeuropäische Union bekämen, in der Staaten mit minderem Recht bzw. mit größeren Rechten vorhanden wären. Es muß aus meiner Sicht gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle geben. Das halte ich für entscheidend. Dies müssen wir als Kriterium ansehen, wenn es um die Aufnahme neuer Mitglieder geht.

Herr Präsident, erlauben Sie mir nun noch ein paar Bemerkungen zu den Hoffnungen, die in dem Bericht anklingen. Es geht letztlich um die Frage, welche Chance die Abrüstung tatsächlich hat. Herr Kollege Baumel hat darauf hingewiesen, daß wir die Abrüstung möglicherweise nach dem Motto, daß das Pferd beim Schwanze aufgezäumt wird, beginnen, indem wir mit der Abrüstung nicht im konventionellen Bereich, wo es am dringendsten wäre, beginnen. Trotzdem bin ich für den Erfolg dankbar, der sich im Augenblick einstellt und der sich in der Unterzeichnung des INF-Vertrages in der kommenden Woche manifestiert.

Ich möchte nur ein paar Augenblicke lang in Ihre Erinnerung zurückrufen, wie entschieden wir hier darüber debattiert haben, wie lange und wie gegensätzlich wir die Frage erörtert haben, ob etwa nach der Nachrüstung der NATO überhaupt noch ein Gespräch mit der Sowjetunion möglich wäre, und wie auf der anderen Seite die Mehrheit dieser Versammlung verdeutlicht hat, daß ein Gespräch mit der Sowjetunion über Abrüstung eben erst dann eine Chance bekäme, wenn wir die Nachrüstung nicht nur als Möglichkeit hinstellten, sondern sie notfalls auch realisierten. Die Tatsache, daß sich hier eine bestimmte politische Meinung als richtig erwiesen hat, muß allerdings nicht für alle Zeiten gelten. Aber wenn wir beispielsweise über die Frage von **SDI** reden, darf ich darauf hinweisen, daß wir auch hier eine ähnliche Frontstellung erlebt haben.

Wir haben scharfe Kritik an der amerikanischen Politik gehört. Auch das, was heute in dem Bericht zu SDI gesagt wird, klingt zumindest ein wenig verhalten kritisch. Jetzt erleben wir mit einem Male – spätestens seit gestern, als die Sowjetunion das durch den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Michail Gorbatschow erklären ließ –, daß auch die

Sowjetunion, an einer Art SDI arbeitet, also an etwas, was sie als so ziemlich das Schlimmste und Friedensfeindlichste hingestellt hat. Wenn ich von dem Generalsekretär dazu die Einschränkung gehört habe, man wolle aber nur forschen und ein solches System nicht bauen, bitte ich darum, das nicht ganz ernst zu nehmen, weil solche Arten von Aussagen in der sowjetischen Politik bekanntlich nur allzuoft dazu gedient haben, bereits fast realisierte Pläne zu verschleiern.

Ich möchte daher die Bitte an die Versammlung richten, das Thema SDI in Richtung Sowjetunion mindestens ebenso sorgfältig zu betrachten, wie das viele von uns in Richtung USA getan haben.

Eine letzte Bemerkung: Ich halte es für dringend notwendig, daß wir uns im Rahmen unserer Arbeit jetzt speziell der konventionellen Rüstung und Abrüstung annehmen; denn je mehr wir den atomaren Schutz abziehen, desto wichtiger wird die Frage der **konventionellen Angriffsfähigkeit des Warschauer Pakts.** Wenn wir in der Tat den Frieden sichern wollen, indem wir die gegenseitige Nichtangriffsfähigkeit schaffen, dann, meine ich, ist es notwendig, speziell die Frage der Überlegenheit der konventionellen Rüstung des Warschauer Pakts zu untersuchen, und zwar nicht nur – wie wir es allzuoft tun – global, sondern auf einzelne Regionen Europas verteilt, damit das Thema nicht in einer Region eine Rolle spielt, in der eigentlich ohnehin keine Gefahr besteht, und in einer anderen Region plötzlich eine Konzentration von konventionellen Waffen erfolgt, die geradezu die Befürchtung hervorruft, daß wir den Frieden durch unsere gegenwärtige Abrüstungspolitik nicht sicherer machen, sondern sicherer gefährden.

Da wir das nicht wollen, sondern da wir die Absicht haben, nun wirklich die gegenseitige Nichtangriffsfähigkeit nicht nur vertraglich, sondern auch in der Realität zu sichern, meine ernstliche Bitte, daß diese Versammlung zu diesem wichtigen Punkt in der nächsten Zeit ihren entscheidenden Anteil leistet.

Vielen Dank.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht auf die Beiträge eingehen, die eine Übereinstimmung auch in der Argumentation gezeigt haben, sondern nur auf die Beiträge, die zusätzliche Anregungen zum Inhalt haben oder bei denen ich der Meinung bin, daß die Betrachtungsweise noch einmal beleuchtet werden sollte.

Zunächst einmal zu dem gestrigen Beitrag des Kollegen Müller aus der Bundesrepublik Deutschland. Er hat davon gesprochen – und das haben viele andere Redner auch getan –, daß es Asymmetrien gibt. Dies taucht auch im Bericht auf. Ich muß jedoch hinzufügen, daß – wenn ich etwa an den Stokes-Bericht denke, den wir hier auch noch zu diskutieren haben – nicht nur von Asymmetrien zu Lasten des Westens auszugehen ist, sondern in manchen Bereichen auch von Asymmetrien zu Lasten des Ostens.

Dies gilt in besonderem Maße, wenn wir die Angelegenheit global betrachten. So ist es z. B. unbezweifelbar, daß es eine Asymmetrie zugunsten des Westens im pazifischen Raum gibt. Es ist wahrscheinlich auch unbezweifelbar, daß es bei der Luftwaffe auf Grund des besonderen technologischen Standards der westlichen Waffensysteme eher eine Asymmetrie zugunsten des Westens in qualitativer Hinsicht gibt, nicht in quantitativer Hinsicht; da hat man etwa gleiche Stückzahlen zur Verfügung.

Das alles sind Probleme, die bei den Verhandlungen eine Rolle spielen müssen. Ein Blick auf die MBFR-Verhandlungen, von denen ich gestern gesprochen habe, zeigt, daß der Warschauer Pakt Befürchtungen in erster Linie wegen der westlichen Luftwaffe hat und daß der Westen, also wir, Befürchtungen in erster Linie wegen der östlichen Landstreitkräfte hat. Wahrscheinlich wird es bei den Verhandlungen so sein müssen, daß man die Gesichtspunkte der Reduzierung von Heeresstreitkräften und von Luftstreitkräften zusammen behandelt. Nur auf diesem Wege gibt es wohl die Möglichkeit, zu einem Erfolg zu kommen.

Das bedeutet: Wir müssen Asymmetrien feststellen. Deshalb ist bei einzelnen Waffenkategorien eine gleichmäßige zahlenmäßige Reduzierung meistens das ungeeignetste Konzept. Es muß alles, was vorhanden ist, qualitativ berücksichtigt werden, und es muß deshalb zu asymmetrischen Lösungen kommen.

Der Kollege Soell hat von großen Fortschritten bei der **Verifikation** gesprochen. Dies möchte ich noch einmal unterstreichen. Die Tatsache, daß die sowjetische Seite inzwischen etwa im Zusammenhang mit einem Chemiewaffenabkommen, aber auch mit dem Kontrollsystem des Mittelstreckenraketenabkommens zu Vor-Ort-Inspektionen bereit ist, ist, gemessen an den Erfahrungen der letzten 30 Jahre, eine politische Sensation. Es gab nämlich prinzipielle Gründe, die auf der sowjetischen Seite dazu geführt hatten, daß sie eine Kontrolle auf ihrem Territorium von ihrer Zustimmung abhängig machen wollte. Dies ist jetzt nicht mehr der Fall. Die verbindliche Verdachtskontrolle ist bei allen internationalen Verhandlungen gewissermaßen eine Selbstverständlichkeit geworden.

Das heißt nichts anderes als: Wenn man dieses alte Prinzip einmal durchbrochen hat, also zu Inspektionen bereit ist wird das für jedes zukünftige Abkommen gelten. Damit ist eines der wesentlichsten Hindernisse, die bisher Abrüstungsvereinbarungen entgegenstanden, tatsächlich aus dem Wege geräumt. Die Bedeutung dessen kann man nur unterstreichen.

Ich stimme nicht mit dem überein, was der Kollege Baumel in bezug auf das **Mittelstreckenraketenabkommen** gesagt hat. Er hat sich dazu sehr kritisch geäußert, und er hat dies auf zwei Positionen gestützt. Das eine Argument war, es würde dadurch eine Imbalance zu Lasten des Westens entstehen, und das andere, der Westen wäre dann ungeschützt. Ich möchte ganz kurz aufzeigen, warum ich diese Position nicht für durchdacht halte.

Tatsache ist, daß der Osten, also die Sowjetunion, nach dem Mittelstreckenraketenabkommen etwa viermal mehr Sprengköpfe abbauen muß, als der

Westen es tun muß. Das heißt, von der Zahl der Waffensysteme her, die abgerüstet werden, ist es ein asymmetrisches Abkommen, wobei der Westen Vorteile hat. Das ist der erste Gesichtspunkt.

Vor allem aber: Vergleicht man diese Situation mit dem Jahr 1979 und mit der Zeit davor, so muß man zu folgender Feststellung kommen: Wäre die Argumentation von Herrn Baumel richtig, dann wäre die NATO vor 1979 immer – von Beginn ihrer Existenz an – ungeschützt gewesen. Kann so etwas im Ernst behauptet werden? Ich bezweifle das nicht nur, sondern es muß bestritten werden!

Um es noch einmal vom Jahr 1979 her zu begründen: 1979 gab es ungefähr 700 sowjetische Mittelstreckenraketen und überhaupt keine westlichen. Eine Null-Lösung würde jetzt dazu führen, daß im Westen der Zustand von vor 1979 wieder erreicht würde, d. h. es gäbe keine landgestützten Mittelstreckenraketen, während es bei der Sowjetunion 700 weniger wären als 1979.

Wie kann man dann zu der Argumentation kommen, der Westen sei durch das Mittelstreckenraketenabkommen künftig ungeschützt? Dann hätte nämlich die NATO vor 1979 zu allen Zeitpunkten in ihrem Sicherheitsauftrag prinzipiell versagt. Dies kann man aber wohl so nicht behaupten.

Ich glaube deshalb auch nicht, daß wir in Krisenzeiten hineingeraten. Vielmehr sind wir in Zeiten der Überwindung von Krisen. Das ist ein fundamentaler Unterschied, und in diesem Zusammenhang möchte ich auf den Kollegen Wilkinson eingehen.

Herr Wilkinson sprach – ähnlich wie Herr Baumel – von der Notwendigkeit einer Kompensation in Rüstungsfragen, die die westeuropäischen Staaten aufzubringen hätten, entweder Kompensation für Abrüstungsabkommen oder Kompensation für wegfallende amerikanische Waffen und Truppen.

Ich denke nicht, daß dies der richtige Weg ist. Zwar ist es notwendig – darüber besteht Konsens, und das steht auch in dem Bericht –, daß wir einen europäischen Pfeiler haben, der ein höchstmögliches Maß an westeuropäischer Souveränität in der Sicherheitspolitik gewährleistet. Die Frage ist nur: Wie kommen wir dahin? Kommen wir durch zusätzliche eigene Rüstungsanstrengungen unter dem Oberbegriff der Kompensation oder auf einem anderen Wege dahin? Dann, wenn wir den europäischen Pfeiler so aufbauten, daß wir lediglich einen eigenen europäischen Ersatz für das, was jetzt die Amerikaner an Truppen und Waffen in Europa stellen, liefern, wäre dieser Weg, so glaube ich, falsch, und er wäre weder politisch noch ökonomisch durchzuhalten. Denn die Folge wäre, daß zu den beiden Hauptrüstungsfaktoren, die es in der Welt gibt, nämlich zur Sowjetunion und zu den Vereinigten Staaten von Amerika, ein dritter starker Faktor, eben der westeuropäische, hinzukäme. Ist es aber unsere Aufgabe, sozusagen einen dritten Motor hochtechnologischer Rüstung darzustellen? Ist das angesichts der Probleme, die wir und die Welt haben, unsere Aufgabe, angesichts der Probleme in vielerlei politischen Fragen, die beim Nord-Süd-Verhältnis, bei der Lösung der ökonomischen Krise und bei der Bewältigung der ökologischen Probleme alle Staaten der Welt gleichermaßen haben?

Deswegen glaube ich, daß es nicht um Kompensation geht, sondern darum, dazu beizutragen, daß die Kontingente der Sowjetunion und des Warschauer Paktes verdünnt werden, daß sie weniger werden, wie es aber auch auf Seiten der NATO-Staaten einschließlich Amerikas der Fall sein muß – abgesichert und abgestützt durch Abkommen, damit wir auf diesem Wege gewissermaßen Abrüstung ohne die Notwendigkeit eines Ersatzes, Rüstungsreduzierung ohne die Notwendigkeit eines Ersatzes bekommen. Was nicht heißt, daß nicht an dieser oder jener Stelle bestimmte Verbesserungsmaßnahmen erforderlich sein könnten; das wird immer einmal notwendig sein. Aber im Prinzip geht es um die Frage: Neustrukturierung der westeuropäischen Sicherheitspolitik ohne Abrüstung oder Neustrukturierung im Rahmen des Abrüstungsprozesses? Das letztere halte ich für das einzig Verantwortbare, und dafür kann man eine Menge Gründe anführen.

Über das hinaus, was ich gestern gesagt habe, möchte ich subjektive von objektiven Gründen unterscheiden. Subjektive Gründe sind ethische Gründe, die Reduzierung von Kriegsgefahren und den Abbau von Mißtrauen, das durch Waffenpotentiale entsteht. Darüber hinaus gibt es objektive Gründe. Kollege Close hat einige objektive Gründe genannt, die ich unterstreichen möchte, auch wenn er vielleicht nicht alle subjektiven Gründe, die ich nannte, oder die Begründung dafür teilt. Da sind die demographischen Gründe. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Präsenzgrades der Truppen wird nicht möglich sein. Dazu wird es ab Beginn der 90er Jahre an der ausreichenden Zahl junger Leute fehlen, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik. Er hat auch finanzielle Grenzen genannt. Das ist unbedingt richtig. Schließlich geht es um die öffentliche Meinung, die in der Demokratie ja nicht als Ballast empfunden werden darf, sondern die ein Lebenselement von Demokratie darstellt.

Einen weiteren Punkt möchte ich nennen. Es ist die Frage der Zukunft unserer eigenen Wirtschaft. Wenn wir völlig selbständig oder weitgehend selbständig Kompensation auch bei Rüstungen machen, heißt das: Neuentwicklung von Waffensystemen, heißt das: den amerikanischen Weg nachvollziehen, nämlich zunehmend mehr technologische Fähigkeiten auf die großen technologischen Herausforderungen, die der Rüstungswettlauf heute mit sich bringt, orientieren. Das bedeutet eine zunehmende Einbeziehung ziviler Technologien in den Sicherheitsbereich, denn zivile und Rüstungstechnologie nähern sich immer mehr einander an. Das zeigt die gesamte elektronische Entwicklung. Das bedeutet auch, immer mehr industrielle Bereiche für sicherheitsrelevant erklären zu müssen und damit aus dem internationalen Handel auszuklinken.

Die Tatsache, daß Nordamerika heute solche schwerwiegenden wirtschaftlichen Wettbewerbsnachteile gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa insgesamt, aber vor allem ge-

genüber Japan hat, hängt damit zusammen, daß sich die Amerikaner selber bei den hochqualifizierten technologischen Produkten durch die hohe Sicherheitsrelevanz, die sie bei diesen Technologien für notwendig erachtet haben, vom internationalen Markt isoliert haben.

Es gibt heute schon Tagungen von amerikanischen Physikern, bei denen keine Ausländer – auch keine Westeuropäer – mehr zugelassen werden, und zwar aus Sicherheitsgründen. Dahinter steht die Intention, alle Entwicklungen eigenständig zu gestalten. Japan beschreitet demgegenüber den Weg, die industriellen Anstrengungen und die Produktivitätsentwicklung an zivilen Produkten zu orientieren. Würde Europa diesen amerikanischen Weg kopieren, so würde dies zu Lasten seiner ökonomischen Entwicklung gehen. Es würde dazu führen, daß der Ost-West-Handel zunehmend eingeschränkt statt ausgebaut würde und damit die größten potentiellen Märkte Europas von unserer Seite aus weitgehend verschlossen würden. Dies kann nicht im Interesse unserer gesamten Entwicklung sein. Wir können unsere ökonomischen Beziehungen nicht nur auf den Ausbau der Beziehungen zwischen Japan, Nordamerika und Westeuropa beschränken. Wir dürfen nicht all das, was noch an Märkten, auf denen es neue Bedürfnisse gibt, existiert, unberücksichtigt lassen. Falsche Prioritäten dürfen uns nicht dazu führen, auf diese Märkte zu verzichten.

Es geht in der Tat nicht um die Errichtung eines europäischen Pfeilers als Gegengewicht zu Amerika. Es geht vielmehr um die Gestaltung eines europäischen Pfeilers im Rahmen des Abrüstungsprozesses, in enger Verbindung und mit Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika und unter Einbeziehung des Ost-West-Verhältnisses und seiner Neustrukturierung.

Nun hat Kollege Close einen ganz zentralen Punkt genannt. Es ist ein scheinbar nicht sehr wichtiger Punkt. Ich halte diesen Punkt aber für sehr bedeutsam. Ich meine den Vorschlag, im Rahmen von Abrüstungsverhandlungen **Vorkehrungen gegen die waffentechnische und militärische Möglichkeit eines konventionellen Überraschungsangriffs** zu treffen. Dislozierungsmaßnahmen und vor allem eine Reduzierung der Munitionsbevorratung sollen einen solchen Angriff nicht mehr möglich machen. Diese Maßnahmen sollen gewissermaßen die militärische Konsequenz haben, daß die Fähigkeit zu einem Überraschungsangriff nicht mehr gegeben ist.

Solche Maßnahmen, wie Herr Close sie genannt hat, halte ich für sehr bedeutsam. Sicherheitspolitische Überlegungen sind jeweils vor dem Hintergrund des denkbar schlimmsten Falles anzustellen. Was könnte im denkbar schlimmsten Fall passieren? Denken wir einmal an einen Überraschungsangriff auf konventionellem Sektor. Denken wir an den Fall eines längerfristigen konventionellen Konflikts. Es müßte natürlich bedacht werden, daß die Sowjetunion einen solchen Konflikt niemals riskieren könnte – in Anbetracht dessen, daß der Westen ökonomisch weit stärker ist als sie. Bei sich länger hinstreckenden militärischen Konflikten spielt die ökonomische Stärke eine wesentliche Rolle.

Deswegen ist in der Sicherheitspolitik im Grunde die Frage von zentraler Bedeutung, welche Option es gegen einen Überraschungsangriff auf konventionellem Sektor gibt. Alle Abrüstungsmaßnahmen, die wir treffen, können und sollten sich daran orientieren.

Damit ergeben sich gleichzeitig Hinweise auf die Schwerpunkte der Abrüstung auf konventionellem Sektor. Neben Reduzierungsmaßnahmen müssen Elemente der Vertrauensbildung treten.

Ich komme zum Schluß. Ich glaube nicht, daß Westeuropa eine Apathie in Verteidigungsfragen hatte, wie es hier gesagt worden ist. Wir hatten eher eine Apathie in bezug darauf, Abrüstungsüberlegungen im Zusammenhang anzustellen. Ein Grund dafür war sicherlich auch, daß die Chancen für die Abrüstung in der Vergangenheit nicht besonders gut waren. Es geht nicht um Abrüstung oder Sicherheit. In manchen Beiträgen wurde so getan, als ginge es darum. Es geht auch nicht um die Frage, die oft allzu ängstlich gestellt wird, daß Abrüstung angeblich die Sicherheit gefährdet. Wir sollten uns verstärkt mit dem Gedanken vertraut machen, daß Abrüstung die Sicherheit auch erhöhen könnte, wenn Abrüstung konstruktiv betrieben wird und konsistent ist. In letzter Konsequenz geht es also um Abrüstung **und** Sicherheit. Dem dient der Bericht.

Kittelmann (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, ich darf noch kurz einige Bemerkungen zu der Diskussion, die wir miteinander geführt haben, und zu dem Bericht, den wir hoffentlich gleich gemeinsam verabschieden werden, machen. Vorweg sage ich noch einmal – was wir im Ausschuß schon getan haben – einen herzlichen Dank an den Berichterstatter für seine Arbeit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es hat heute – und das hat ja das Hohe Haus auch gestern schon bemerkt – einen erfreulichen Stil der politischen Auseinandersetzung gegeben. Wir haben sachlich und fair miteinander diskutiert und haben bestehende Gegensätze nicht emotional aufgeheizt, sondern über sie einen sachlichen Austausch vorgenommen. Dies ist bemerkenswert, und insofern sind das Bemühen und die Erwartung des Berichterstatters, die er in der ersten Bemerkung zur Einführung in seinen Bericht zum Ausdruck brachte, nämlich daß man sich um einen Konsens bemühen solle, in seinem Bericht im wesentlichen auch erfüllt worden.

Dieses Angebot zum Konsens sollten wir alle miteinander in nächster Zeit aufgreifen, und ich denke, wir werden morgen bei der Beratung der Stokes-Berichtes wieder viele Gemeinsamkeiten finden. Gerade die Gemeinsamkeit in der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union ist eine der Grundlagen dafür, daß wir im Rat ernstgenommen werden, und auch die interessierte Öffentlichkeit mißt uns bestimmt daran, inwieweit man dies in den Vordergrund stellt, ohne dabei andere Fragen zu verdecken.

Nun darf ich einige Bemerkungen zu Fragen, die gestellt worden sind, machen. Der Kollege Reddemann hat in Frage gestellt, inwieweit wir, der Ausschuß, gemeinsam der Intention des Berichterstatters zustimmen, daß wir empfehlen sollten, Brüssel zum **Sitz der WEU** zu machen. Ich darf hier ausführen, daß dies die Meinung des Berichterstatters war. Die Versammlung hat dies durch ein entsprechendes Amendment aus der Beschlußvorlage herausgenommen. Wir sind noch beim gemeinsamen Nachdenken darüber, wo der richtige Sitz ist, ohne dabei Brüssel auszuschließen.

Wir haben uns auch über die Frage der **neuen Mitglieder** unterhalten. Nachdem wir gemeinsam mehrfach zum Ausdruck gebracht haben, daß Spanien und Portugal Mitglied der Westeuropäischen Union werden sollen, sind auch wir in der Diskussion zu der Meinung gekommen, daß man da durchaus differenzieren kann und muß, wenn beide Länder differenziert behandelt werden wollen. Man sollte nicht etwa Portugal nur deshalb vor der Tür lassen, weil man sich noch nicht sicher ist, ob Spanien zum jetzigen Zeitpunkt schon Mitglied werden will. Beide sind unabhängige Länder, die – jedes für sich – das Recht haben, für sich selbst behandelt zu werden, und darauf legen sie wohl auch Wert.

Wir stehen am Vorabend eines wesentlichen Tages, des Tages der Unterzeichnung des **INF-Vertrages.** Ich glaube, daß es richtig war, daß Herr Reddemann betont hat – gerade dies war ja hier ein erheblicher Teil unserer Auseinandersetzungen –, daß die große Mehrheit es so versteht, daß es ohne NATO-Doppelbeschluß, also ohne eine vorübergehende Aufrüstung, zu einem Erfolg bei den INF-Verhandlungen nicht gekommen wäre. Dies muß uns gemeinsam nachdenklich stimmen.

Die zweite Tatsache, die ich hervorheben möchte, ist die, daß wir hier miteinander über SDI heiß gerungen haben und uns dabei teilweise entzweit haben, daß aber heute SDI selbst durch die Sowjetunion eine ruhige, gelassene Beurteilung erfährt, die in keinem Verhältnis mehr zu den ursprünglichen Aufgeregtheiten in der Sowjetunion steht.

Dies sind zwei Fakten, die uns für die kommende politische Arbeit nachdenklich stimmen müssen, ohne daß ich hier jetzt Partei für das eine oder für das andere ergreifen möchte.

Miteinander behandeln wir immer wieder die Frage – die Beiträge von Herrn Baumel und von Herrn Wilkinson haben das auch gezeigt –, was jetzt eigentlich mit der konventionellen Rüstung wird, was nach dem INF-Vertrag mit dem **konventionellen Ungleichgewicht** wird.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei – und auch hier bitte ich darum, daß wir das Gemeinsame betonen, statt immer wieder das in den Vordergrund zu stellen, was nicht gemeinsam ist –, daß wir gerade nach den INF-Verhandlungen überlegen müssen, wie jetzt die eigentliche bestehende Gefahr, das konventionelle Übergewicht, abgebaut werden kann. Denn wir haben jetzt gegenüber der Sowjetunion kein Mittel mehr, wir haben keinen Hebel mehr in der Hand, sie zu konventioneller Abrüstung zu bringen; wir können jetzt nur erwarten, daß die Sowjetunion beweist, wie ernst sie es mit der Sicherheit in Europa meint.

Der Berichterstatter hat einige nachdenkliche Bemerkungen über strukturelle Veränderungen gemacht, so über die Frage, ob wir strukturelle Veränderungen ohne Abrüstung vornehmen oder aber, wie er meinte, die strukturellen Veränderungen durch Abrüstung begleiten. Er hat sich auch – etwas philosophisch – Gedanken über die Frage gemacht, welche Wirkung die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion bei dem ökonomischen Ungleichgewicht zwischen Ost und West hätte, wenn die Sowjetunion ihr konventionelles Übergewicht einsetzen würde.

Auch ich bin der Meinung, daß man darüber nachdenken kann, aber ich möchte eine Warnung aussprechen. Gerade die Statements der Minister haben gezeigt, daß in der Westeuropäischen Union Übereinstimmung besteht, und auch die Plattform, die gar nicht positiv genug gewürdigt werden kann, zeigt, daß man erkannt hat daß das Gewicht jetzt auf ein konventionelles Gleichgewicht – wie immer man es formuliert – gelegt werden muß. Schon das Andenken des Begriffs „konventionelles Gleichgewicht" ist bei der großen Überlegenheit des Warschauer Paktes unter den europäischen Gegebenheiten sehr wagemutig, aber es ist wichtig, es nicht aus den Augen zu verlieren.

In der Verteidigungspolitik ist für uns Parlamentarier eines wichtig: Gerade wir sind verpflichtet, den Ministerrat der Westeuropäischen Union immer wieder an das zu erinnern, was er an guten, an hervorragenden Deklarationen verabschiedet und was dann an Taten folgt. Es ist eine bedeutsame Frage der Glaubwürdigkeit, daß man sich nicht nur auf Tagungen darüber einig wird, was man alles tun muß, sondern daß man sich auch ein Jahr später gegenseitig darauf überprüft, was man auf Grund der Beschlüsse, die man gemeinsam gefaßt hat, in dem zurückliegenden Jahr eigentlich getan hat. In dieser Sache würde bestimmt auch im Ministerrat mancher rot werden, wenn er nicht vielleicht vor lauter Profitum dazu nicht mehr fähig ist.

Wir haben eine positive Ausgangsbasis, die relativ ermutigend ist. Wir haben über 40 Jahre Frieden in Europa, was nicht zuletzt das Ergebnis europäisch-amerikanischer Partnerschaft ist. Das spricht dafür, daß alle Denkansätze wie der, man könnte etwa die WEU ohne die Amerikaner stärken, Gedanken sind, die eher selbstmörderischen Charakter als realistische Grundlagen haben. Wir müssen – und dies ist außerordentlich wichtig, damit die Amerikaner diese Sicherheit haben – immer wieder betonen, daß wir die Stärkung des europäischen Pfeilers über die WEU wollen, ohne deshalb in irgendeiner Form daran zu rütteln, daß wir die Zusammenarbeit mit Amerika und die amerikanische Präsenz in Europa dringend benötigen. Dies muß immer in Einklang miteinander stehen, damit nicht rätselhafte Verwirrungen über die angebliche Möglichkeit einer europäischen militärischen Stärke gegenüber dem poten-

tiellen Gegner, der Sowjetunion oder dem Warschauer Pakt, entstehen.

Die Ausgangsposition ist für uns auch deshalb relativ ermutigend, weil die europäische Integration Fortschritte gemacht hat, weil die Europäische Politische Zusammenarbeit Ansätze für eine gemeinsame europäische Außenpolitik erbracht hat und weil bei der Definition der sicherheitspolitischen Identität der europäischen NATO-Bündnispartner Erfolge zu sehen sind. Wenn man dann zusätzlich immer wieder betont, daß es nur natürlich ist, wenn ein stärker werdendes Europa seine eigenen Interessen mehr zur Geltung bringt, es aber keinen Gegensatz zwischen der europäischen Einigung und dem Atlantischen Bündnis gibt, dann stellt man, glaube ich, mit Recht heraus, daß man sich gegenseitig ergänzt, daß beides miteinander unverzichtbar ist.

Meine Damen und Herren, der Ihnen vorliegende Bericht ist ein fairer Bericht. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß er im Verteidigungsausschuß bei, glaube ich, nur zwei Enthaltungen ansonsten einstimmig verabschiedet worden ist. Ich würde mich freuen, wenn dieser Bericht, der in Ergänzung zu dem Stokes-Bericht gesehen werden muß, ein Stück Gemeinsamkeit für die Zukunft bedeuten würde, und wenn wir immer wieder erkennen würden, daß es unsere Aufgabe bleibt, den Rat konstruktiv zu fordern, selbst gesteckte Ziele – wie ich vorhin gesagt habe – auch umzusetzen.

Wenn wir heute diesen Bericht verabschieden, werden wir gemeinsam einen Beitrag dafür geleistet haben, daß die Westeuropäische Union und vor allen Dingen die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union ihrer Aufgabe gerecht geworden sind.

Vielen Dank.

Empfehlung 451

betr. die Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

(i) begrüßt die anhaltend engen Konsultationen im Rat über Fragen der europäischen Sicherheit und Abrüstung sowie die Entschlossenheit des Rates, nicht zuzulassen, daß Europa an der derzeitigen Strategiedebatte nur am Rande beteiligt wird;

(ii) begrüßt die in der vom Rat am 27. Oktober 1987 verabschiedeten Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen geäußerte Absicht, eine Europäische Union zu schaffen;

(iii) begrüßt insbesondere die aktive Rolle des Ratsvorsitzes bei der Einleitung von Konsultationen, einschließlich der ersten Konsultationen über eine Gefährdung des Friedens durch Krisen außerhalb Europas;

(iv) begrüßt ebenfalls die Errichtung der hochrangigen besonderen Arbeitsgruppe des Rates für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Außen- und Verteidigungsministerien in allen Mitgliedstaaten;

(v) unterstreicht, wie notwendig eine Entscheidung im Jahr 1988 über die Zusammenlegung und Reorganisation aller Ratsorgane und WEU-Institutionen ist;

(vi) fordert anschließend eine baldige Entscheidung über den Beitritt der Staaten, die den Wunsch nach Mitgliedschaft in der WEU geäußert haben;

(vii) erinnert daran, daß die seit langer Zeit institutionalisierten Zuständigkeiten des Rates in bezug auf Truppenstärken und sonstige interne Rüstungskontrolle weiterhin von Bedeutung sind,

empfiehlt dem Rat,

1. seine Gespräche über sämtliche Aspekte der europäischen Sicherheit und Abrüstung fortzusetzen und dafür Sorge zu tragen, daß die europäischen Interessen in der derzeitigen Strategiedebatte gewahrt werden;
2. den Beschluß zu fassen, alle Einrichtungen des Rats und Institutionen der WEU zusammenzulegen und die neuen Aufgaben der Agenturen für Sicherheitsfragen festzulegen;
3. in seine Jahresberichte wieder die früher dort angegebenen Informationen aufzunehmen in bezug auf die Anzahl der vom Amt für Rüstungskontrolle durchgeführten Kontrollmaßnahmen.

Empfehlung 452

betr. die Abrüstung

Die Versammlung

(i) fordert, die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen jederzeit auf dem erforderlichen Niveau aufrechtzuerhalten, um die Sicherheit aller Bündnismitglieder zu gewährleisten und gleichzeitig die Verhandlungen über die beiderseitige Truppen- und Rüstungsbegrenzung auf das niedrigste mit dieser elementaren Sicherheit zu vereinbarende Niveau aktiv und in vollem Einklang mit der seit langem vom Bündnis verfolgten Politik fortzusetzen;

(ii) begrüßt das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, ausgehend von der von allen Bündnismitgliedern gebilligten doppelten Null-Lösung, welches nach Ansicht der Versammlung den langfristigen Sicherheitsinteressen der Mitgliedstaaten des Bündnisses und des Warschauer Paktes gerecht werden muß, und nimmt zur Kenntnis, daß der Auschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen nach Veröffentlichung des Wortlauts ausführlich über alle Aspekte des vorgesehenen Abkommens berichten wird;

(iii) begrüßt ebenfalls den Gesprächsansatz im Hinblick auf ein bilaterales Abkommen über den Abbau der strategischen Nuklearwaffen;

(iv) betont die Bedeutung der Einhaltung des bestehenden ABM-Vertrags und der vorgesehenen Obergrenzen der SALT-Verträge, die nur im Einverständnis der Vertragsparteien untereinander geändert werden können und verweist in diesem Zusammenhang auf die Antwort des Rates auf die Empfehlung 413;

(v) nimmt mit Befriedigung die verbesserten Aussichten für den Abschluß eines multilateralen Vertrags zur Ächtung aller chemischen Waffen und eines bilateralen Abkommens über die Reduzierung und die mögliche Einstellung aller Atomwaffenversuche zur Kenntnis;

(vi) stellt sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede fest zwischen der von der NATO kürzlich in Reykjavik erklärten Sicherheitspolitik und der vom Warschauer Pakt in Berlin verkündeten militärischen Strategie und begrüßt die positiven Aspekte der Berliner Vorschläge über Konsultationen zwischen den beiden Bündnissen zur Erörterung der Militärdoktrin und einer Suche nach Möglichkeiten, um Ungleichgewichte und Asymmetrien bei verschiedenen Rüstungen und Truppen zu beseitigen;

(vii) stellt in diesem Zusammenhang fest, daß Generalsekretär Gorbatschow am 10. April 1987 in Prag bestätigt hat, daß solche Ungleichgewichte und Asymmetrien aus historischen und anderen Gründen vorhanden sind;

(viii) fordert generell, daß der Rat jedes der beiden Bündnisse allen Rüstungskontrollvorschlägen der anderen Seite sorgfältige Beachtung schenkt;

empfiehlt dem Rat,

1. auf die baldige Eröffnung von Mandatsverhandlungen über konventionelle Stabilität zu drängen, bei denen asymmetrische Reduzierungen der konventionellen Truppen und Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural erörtert werden sollen, damit ein stabiles und nicht bedrohliches militärisches Gleichgewicht in Europa und in den verschiedenen betroffenen Regionen auf möglichst niedrigem Niveau erreicht wird;
2. uneingeschränkt ein nachprüfbares bilaterales Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Reduzierung der strategischen Gefechtsköpfe jeder Seite um 6000 zu unterstützen und weiterhin darauf zu achten, daß bilaterale Abkommen dieser Art keinerlei Einschränkungen für die Streitkräfte der europäischen Staaten, die nicht Vertragsparteien solcher Abkommen sind, enthalten;
3. beide Seiten nachdrücklich auf die Bedeutung der uneingeschränkten Einhaltung des bestehenden ABM-Vertrags und der vorgesehenen Obergrenzen der SALT-Verträge, die nur im gegenseitigen Einverständnis geändert werden können, hinzuweisen;
4. den Nordatlantikrat aufzufordern, den in Berlin vorgelegten Vorschlag des Warschauer Paktes positiv in Erwägung zu ziehen, nach dem beide Bündnisse in Gespräche über den Vergleich der Militärdoktrinen eintreten und nach Wegen suchen sollten, um Asymmetrien bei Streitkräften und Waffen durch Reduzierungen auf das jeweils niedrigere Niveau zu beseitigen und generell alle Rüstungskontrollvorschläge der Warschauer-Pakt-Staaten gebührend im Hinblick darauf zu berücksichtigen, jene Elemente herauszustellen, die eine erfolgversprechende Grundlage für beiderseitig vorteilhafte Verhandlungen bieten können;
5. den Warschauer Pakt aufzufordern, auf seine offensive militärische und technische Doktrin zu verzichten und seinen Streitkräften eine auf eindeutig defensive Zwecke ausgerichtete Struktur zu geben, die es nicht ermöglicht, einen Angriff auf andere Länder zu unternehmen;
6. die NATO und den Warschauer Pakt aufzufordern, auf ihre technische Offensivfähigkeit zugunsten der Schaffung von nicht-provokativen vertrauensbildenden Verteidigungsstrukturen auf beiden Seiten zu verzichten;
7. Im Zuge der Abrüstung dafür zu sorgen, daß beide Seiten Reduzierungen auf das jeweils niedrigste Niveau vornehmen.

Entschließung 77

betr. den INF-Vertrag

Die Versammlung

bekräftigt die im Dokument 1116 vertretene Ansicht ihres Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen, daß das INF-Übereinkommen, das jetzt zur Unterzeichnung durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ansteht, den langfristigen Sicherheitsinteressen der Mitgliedstaaten sowohl des Bündnisses als auch des Warschauer Pakts gerecht werden sollte;

ersucht den amerikanischen Senat dringend:

schnellstmöglich seine Stellungnahme und seine Zustimmung zu dem Vertrag über die nuklearen Mittelstreckenwaffen zu erteilen;

beauftragt den Präsidenten,

den Wortlaut der vorliegenden Entschließung und des entsprechenden Berichts des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen dem Präsidenten des amerikanischen Senats zur Unterrichtung aller Mitglieder des Senats zu übermitteln.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers im Auswärtigen Amt, David Mellor

(Themen: Vorteile des INF-Abkommens – die Abschreckung nach dem INF-Abkommen – Solidarität

des Atlantischen Bündnisses – vertrauensbildende Elemente im Ost-West-Verhältnis – die neue Rolle der WEU – WEU-Operationen im Golfgebiet)

Tagesordnungspunkt:

Die militärische Nutzung von Computern für ein gemeinsames europäisches Forschungsprogramm im Verteidigungsbereich

(Drucksache 1118)

Berichterstatter: Abg. Fourré (Frankreich)

(Themen: Entwicklungen in der militärischen Forschung – Anwendungen der Mikroelektronik im Verteidigungsbereich – die europäische Elektronikindustrie für die Verteidigung, ein bedrohter Industriesektor – die Halbleiterindustrie – nationale und regionale Politiken)

Empfehlung 450

betr. die militärische Nutzung von Computern – Für ein gemeinsames europäisches Forschungsprogramm imVerteidigungsbereich

Die Versammlung

(i) berücksichtigt die auf europäischer Ebene festgestellte Übereinstimmung in bezug auf eine aktivere Beteiligung am Ost-West-Dialog und an allen Abrüstungsinitiativen;

(ii) berücksichtigt die Ergebnisse der im Rahmen der IEPG erfolgten Arbeit, die auf die Bedeutung eines europäischen Rüstungsmarktes verweisen;

(iii) vertritt die Auffassung, daß eine führende Stellung Europas im gesamten Bereich der Mikroelektronik eine wesentliche Voraussetzung für eine moderne und wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie ist;

(iv) berücksichtigt die in dem Bericht „Für ein stärkeres Europa" gezogenen Schlußfolgerungen, die die relativ schlechte Lage Europas im Vergleich zu seinen Hauptkonkurrenten in bestimmten Bereichen der Verteidigungselektronik und vor allem in der Mikroelektronik aufzeigen;

(v) berücksichtigt die in der Forschung und Entwicklung bestehende enge Verbindung zwischen militärischer und ziviler Anwendung in der Mikroelektronik;

(vi) stellt einen krassen Gegensatz fest zwischen einerseits den wiederholten öffentlichen Erklärungen der WEU-Mitgliedstaaten in bezug auf ihre Entschlossenheit, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die erforderlichen Schritte zur Verstärkung des europäischen Technologiepotentials zu ergreifen und andererseits den ständigen Streitigkeiten, welche zu einer unbefriedigenden Vereinbarung über ein Europäisches Rahmenprogramm für die Jahre 1987 bis 1991 führten;

(vii) ist der Ansicht, daß die baldige Harmonisierung des nationalen operativen Bedarfs und die Interoperabilität der militärischen Computersysteme von entscheidender Bedeutung sind,

empfiehlt dem Rat

1. feierliche Erklärungen über die Entschlossenheit der WEU-Mitgliedsländer zur Gründung einer Technologiegemeinschaft solange zu unterlassen, bis deren Verhalten nicht mehr im Widerspruch zu ihren Worten steht und stattdessen:
   a) den kooperativen Technologieprojekten der IEPG größere Priorität als bislang einzuräumen;
   b) die Mitgliedsländer von der Notwendigkeit zu überzeugen, das Budget für das Europäische Rahmenprogramm und insbesondere für das Esprit-Programm zu erhöhen;
   c) auf die durch den Schutz der amerikanischen und japanischen Märkte entstehenden Gefahren, wodurch die Regeln des Welthandels in Frage gestellt und Europas legitime Interessen bedroht werden, achtzugeben;
   d) größere Anstrengungen zur Harmonisierung des nationalen operativen Bedarfs für militärische Computersysteme zu unternehmen;
2. Ein gemeinsames europäisches Forschungsprogramm für Verteidigungsangelegenheiten in die Wege zu leiten, das alle westeuropäischen Länder im Umkreis der WEU-Mitgliedsländer, die dies wünschen, zusammenschließt.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des niederländischen Verteidigungsministers, van Eekelen

(Themen: die europäische Unterstützung für das INF-Abkommen – die Plattform über die europäischen Sicherheitsinteressen – der europäische Beitrag zur Sicherheit des Westens – europäische Verteidigungszusammenarbeit und die WEU)

Tagesordnungspunkt:

Neue Entwicklungen in der sowjetischen Außenpolitik

(Drucksache 1111)

Berichterstatter: Abg. Pecriaux (Belgien)

(Themen: ideologische Aspekte – interne Reformen – der europäische Raum – der nah- und fernöstliche Raum)

Dr. Müller (CDU/CSU). – Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann gut an das anknüpfen, was mein Vorredner, Sir Geoffrey Finsberg, gerade gesagt hat, und ich kann das unterstreichen, was in dem vorzüglich zusammengestellten Bericht des Kollegen Berichterstatters steht, weil ich der Meinung bin, daß das wirklich eine gute Übersicht über die jüngste Entwicklung, die wir erlebt haben, ist.

Wenn ich an das, was mein Vorredner gesagt hat, anknüpfe, so möchte ich den Schwerpunkt auf etwas legen, was uns immer bewußt sein soll, wenn wir uns mit russischer Außenpolitik beschäftigen. Ich sage jetzt bewußt nicht „sowjetische Außenpolitik", sondern „russische Außenpolitik". Wir sollten uns darüber klar sein, daß wir nicht nur die Ideologie sehen dürfen, die in dem Wort „sowjetisch" enthalten ist, sondern auch die langfristige Strategie, die langfristigen Ziele russischer Außenpolitik beachten müssen.

Meine Damen und Herren, seit den Tagen des Geschwaders der Gebrüder Orlow, das unter der großen Zarin Katharina in den Mittelmeerraum eindrang, war das Streben Rußlands nach den Meerengen, nach den warmen Meeren ein Grundbestandteil russischer Außenpolitik. Wenn wir diese russische Außenpolitik über das 19. Jahrhundert bis hin zur Oktoberrevolution und zu dem, was dann folgte, verfolgen, werden wir eine gewisse Kontinuität dieser russischen Außenpolitik feststellen, nur kurzfristig ideologisch unterbrochen etwa durch die Parolen, die Lenin zum Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat, oder durch andere Parolen, die Ausnahmeerscheinungen waren und nach denen man sehr bald wieder zur **Kontinuität russischer Außenpolitik** zurückkehrte.

Es ist eigentlich erstaunlich, daß es kaum ein Land in Europa gibt, daß so konsequent über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg die gleiche Außenpolitik verfolgt. Lassen Sie sich bitte einmal durch den Kopf gehen, daß z. B. im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt genau die Richtlinien für die Interessen russischer Außenpolitik gerade in den Räumen des Mittelmeers, des Nahen Ostens, des Golfes oder auch der Ostküste von Afrika festgelegt worden sind. Denken Sie bitte daran, daß der sowjetische Außenminister z. B. nach Kriegsende bei der Außenministerkonferenz in Paris gefordert hat, daß die Sowjetunion die Mandatsrechte für die früheren italienischen Kolonien bekommt. Das Ziel war, in Massaua in Eritrea einen Stützpunkt zu bekommen – einen Stützpunkt, den die Sowjetunion durch ihre langfristige Politik dort inzwischen längst erhalten hat.

Oder denken wir an das Ultimatum der Sowjetunion gegenüber der Türkei noch vor Kriegsende, worin gefordert wurde, militärische Einrichtungen, Stützpunkte an den Dardanellen zu bekommen. Es wird klar, daß sich diese russische Politik über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg verfolgen läßt.

Manches was heute an sowjetischer Politik in der Dritten Welt stattfindet – ich habe z. B. Eritrea erwähnt –, ist ein Beispiel dafür, daß die Sowjetunion diese langfristigen russischen außenpolitischen Ziele nach wie vor weiter verfolgt.

Nun erleben wir in diesen Monaten etwas für den Westen ganz Neues. Wir erleben einen „Zaren", einen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der mit westlichen Medienideen und mit westlichen Medienmethoden versucht, russische Außenpolitik zu betreiben. Und, meine Damen und Herren, er hat bei dieser Außenpolitik einen ungeheuren Erfolg! Wenn Sie die Meinungsumfragen in meinem Land, der Bundesrepublik, und in anderen europäischen Ländern zur Kenntnis nehmen, werden Sie feststellen, daß die Mehrheit der Leute – der Mann auf der Straße, wie es so schön heißt – der Überzeugung ist, daß, wenn jetzt Abrüstungsverhandlungen laufen und wenn es jetzt zu Friedensgesprächen kommt, dies in erster Linie Herrn Gorbatschow zu verdanken ist, nicht etwa irgendeinem westlichen Staatsmann. Die Meinungsumfragen bei uns in der Bundesrepublik sagen aus, daß man Gorbatschow mehr Friedenswillen zutraut als z. B. dem amerikanischen Präsidenten.

Hier zeigt sich, daß der neue Mann, der im Zentralkomitee, im Parteiapparat der Sowjetunion, für die Außenpolitik zuständig ist, nämlich Herr Dobrynin, ja lange Zeit Erfahrungen mit der westlichen Medienwelt gesammelt hat. Er war ja zwei Jahrzehnte lang Botschafter in den Vereinigten Staaten. Herr Dobrynin ist – ich habe vor vielen Jahren einmal Gelegenheit gehabt, mit ihm in Washington zwei Stunden lang zu diskutieren – ein gewiefter Mann, der genau weiß, wie man heute in den Vereinigten Staaten etwa mit Hilfe des Fernsehens Politik machen kann.

Es ist überraschend, daß das Buch, das Gorbatschow über „Perestroika" geschrieben hat, in den Vereinigten Staaten zum Bestseller aufgerückt ist. Er hat es natürlich nicht über den Zentralverlag der Kommunistischen Partei in Moskau herausgebracht, sondern über einen kapitalistischen Verlag in den Vereinigten Staaten, um auch das richtige Marketing für ein solches Buch zu haben.

Herr Gorbatschow ist z. B. in der Lage, in einem Fernsehinterview, das gestern ausgestrahlt wurde, etwas zuzugestehen, was von der Sowjetunion immer wieder bestritten wurde, nämlich daß die Sowjetunion genauso wie die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet von SDI bzw. Weltraumwaffen forscht. Er tut das mit einem Lächeln im Fernsehen, er tut es so verbindlich, daß eine Bedrohung nicht mehr empfunden wird, sondern man der Meinung ist, daß sei „business as usual", wie wenn sich der Ministerpräsident oder der Präsident eines westlichen Staates genauso vor Fernsehkameras äußert wie eben in diesem Falle der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Liebe Kollegen, ich wundere mich über diese Wechselbäder auch in der öffentlichen Meinung z. B. der Vereinigten Staaten. Die Sowjetunion oder sowjetische Politiker waren über viele Jahre hinweg in der öffentlichen Meinung die – so möchte ich einmal sagen – absoluten Beelzebuben. Heute haben sie eine ganz andere Position eingenommen. Dieses rasche

Wechseln zwischen der einen und der anderen Position ist etwas, was mich besorgt macht, und zwar deswegen, weil ich der Meinung bin, daß es nottut, in solchen Situationen einen klaren Kopf zu behalten, was bedeutet, jemanden weder einseitig zu verteufeln noch einseitig zu bewundern.

Wir sind auch im Umgang mit der Sprache, mit den Begriffen, nicht vorsichtig genug. Ich will Ihnen das an einem Beispiel zeigen. Als der Vorsitzende des Stadtsowjets von Moskau, Herr Jelzin, abgesetzt wurde, schrieben die Zeitungen in meinem Lande: Jelzin von seiner Position abgewählt. Meine Damen und Herren, da wurde in der Sowjetunion niemand abgewählt! Herr Jelzin wurde in Moskau nicht abgewählt. Er wurde abgesetzt. Aber man nimmt solche Begriffe nicht mehr, man gebraucht sie nicht mehr. Man gebraucht die Begriffe, die bei uns, in unseren demokratischen Systemen, gang und gäbe sind. Bei uns müßte er ja abgewählt werden oder zurücktreten. Man benutzt diese Begriffe für Vorgänge in einem anderen System und trägt dazu bei, daß eine Verwischung stattfindet, daß die Realitäten im Grunde genommen nicht mehr gesehen werden.

Es gab ein paar interessante Äußerungen von Herrn Gorbatschow, die eigentlich sehr deutlich gemacht haben, daß sich nicht viel geändert hat. Zum Beispiel gab es ein interessantes Gespräch mit dem Chefredakteur der französischen kommunistischen Zeitung „Humanité". Gorbatschow wurde von der französischen Zeitung gefragt, wie es denn mit dem Meinungspluralismus in der Sowjetunion stehe. Gorbatschow antwortete offen – und das zu Recht –: Wir haben keinen Meinungspluralismus, bei uns gibt es sozialistischen Meinungspluralismus. Das ist allerdings etwas ganz anderes als das, was wir unter Meinungspluralismus verstehen. Auf die Frage, ob es in der Sowjetunion politische Gefangene gebe, antwortete Gorbatschow: Nein, in der Sowjetunion gibt es keinen einzigen politischen Gefangenen. Das alles unter der Überschrift von Glasnost und Perestroika, zwei Begriffen, die ja schon einmal unter Lenin eine Rolle gespielt haben. Es ist durchaus nicht so, daß sie eine neue Erfindung wären. Lassen Sie mich ein letztes Beispiel anführen. Sie wissen, daß eine große Frage des Verhältnisses zwischen Polen und Russen – ich sage jetzt wieder: Polen und Russen – die Tragödie von Katyn ist, das Schicksal der kriegsgefangenen polnischen Offiziere, die vom sowjetischen NKWD liquidiert wurden; denn die Sowjetunion war damals, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges vom Osten her in Polen einmarschiert. Zur Perestroika würde es gehören, hier die Wahrheit zu sagen. Aber was passiert? Man hat jetzt eine polnisch-russische Kommission eingesetzt, die die Aufgabe hat, das zu untersuchen.

In dem ersten Zwischenbericht – er ist am 30. Oktober 1987 im Organ der Kommunistischen Partei der Bundesrepublik, in „Unsere Zeit" erschienen; so heißt diese Zeitung – wird festgestellt, die Kommission habe sich darauf geeinigt, daß es neue und viel stärkere Beweise dafür gebe, daß diese polnischen kriegsgefangenen Offiziere von „faschistischen deutschen Mörderbanden" umgebracht worden seien. Ich bin Historiker, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich sehe das jetzt völlig unpolitisch. Ich sehe diesen Vorgang als ein historisches Geschehen an.

Aber wie will man zu einem Neuanfang kommen, wie will man zu mehr Ehrlichkeit kommen – z. B. auch im Verhältnis zwischen Polen und Russen –, wenn man nicht bereit ist, bestimmte Tatbestände der Geschichte, die in diesem Verhältnis negativ waren, anzuerkennen?

Wenn man die Rede von Gorbatschow zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution liest – ich habe das getan; das ist eine sehr lange und umfangreiche Rede –, muß man anerkennen, daß es Versuche gibt, eine neue Position zu gewinnen, daß Gorbatschow aber außerordentlich vorsichtig ist, wirkliche Zugeständnisse zu machen. Da wird von Tausenden von Opfern des Bürokratismus unter Stalin gesprochen, wo in Wirklichkeit von Millionen von Opfern eines ganz bestimmten Systems, das Stalin installiert hatte, gesprochen werden müßte.

Gorbatschow ist also sehr vorsichtig mit seinen Äußerungen. Vielleicht muß er das sein, weil sein eigener Apparat, aus dem er kommt, noch gar nicht in der Lage und bereit ist, das wirklich geistig zu vollziehen, was an Negativem in der Geschichte dieses großen europäischen Landes, der heute so genannten Sowjetunion, passiert ist.

Deswegen meine ich – damit knüpfe ich an meinen Vorredner und an den Berichterstatter an –, daß wir offen sein müssen, daß wir zum Gespräch bereit sein müssen, daß wir bei diesem Gespräch aber nie unsere Positionen vergessen dürfen. Wir sind Vertreter demokratischer Staaten, die für die Freiheit, für die Menschenrechte einstehen. Wir müssen diese Forderungen nach Freiheit und Menschenrechten immer in die Gespräche einführen, auch wenn wir gemeinsam der Überzeugung sind, daß es notwendig ist, alles zu tun, um den Frieden zu erhalten, um Waffen abzubauen. Aber über dieses Geschäft des Tages hinaus dürfen wir nicht die großen Ziele vergessen, die uns als Demokraten auszeichnen: Freiheit, Menschenrechte und Menschenwürde.

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Mein Dank gilt zunächst dem Berichterstatter, der hier einen sehr ausgewogenen Bericht vorgelegt hat. Dieser Bericht ist in seiner Differenziertheit um so mehr zu loben, als wir ja in vieler Hinsicht über den Reformprozeß in der Sowjetunion noch zu wenig an Details und analytisch ermittelbaren Elementen wissen.

Wir sind als Delegation des Präsidialausschusses der Versammlung der Westeuropäischen Union gemeinsam in Moskau gewesen, haben dort sicherlich eine Reihe von interessanten Gesprächen geführt und auch unmittelbare Eindrücke gewonnen. Im wesentlichen sind wir aber doch auf Informationen angewiesen, die wir durch die Medien bekommen. Das gilt sicher auch für den Berichterstatter. Dies ist ein großes Problem, auf das hier verschiedene Redner in den vorhergehenden Debatten schon hingewiesen haben. Die Westeuropäische Union und ihre Organe

müssen ihre Analyseinstrumente entscheidend verbessern, um die länger andauernden Prozesse in der Sowjetunion und deren Einfluß auf die internationale Politik tatsächlich untersuchen zu können.

Der Berichterstatter hat hier auf Grund der Informationen, die durch die Medien zugänglich waren, ein Stück weit die **Entwicklung in der Sowjetunion** analysiert. Er hat damit eine Arbeit geleistet, die eigentlich im Rahmen der Vorarbeiten der Organe der Westeuropäischen Union, insbesondere im Rahmen der Vorarbeiten der Agenturen hätte geleistet werden müssen, die sich ihrerseits natürlich des wissenschaftlichen Instrumentariums, der Sowjetologen und derer, die in der Analyse von kommunistischen Systemen sowjetischen Typs kundig sind, bedienen sollten.

Wichtig ist, daß hier, soweit ich das übersehe, das erste Mal in den letzten Jahren der Versuch gemacht worden ist, die Außenpolitik der Sowjetunion in einem größeren historischen und internationalen Kontext darzustellen, aber auch die Eigendynamik des sowjetischen Systems und die Hindernisse, die sich für die Sowjetunion ergeben, wenn es darum geht, eine rationalere und kooperativer angelegte Außenpolitik zu betreiben.

Wir wissen inzwischen, daß es in den vergangenen Jahrzehnten Prozesse innerhalb der Sowjetunion gegeben hat, die dem Westen weitgehend verborgen geblieben sind, z.B. auch solche der Abrüstung. In vielen Analysen, die die Bedrohung durch die Sowjetunion untersuchen, wird im Grunde nicht berücksichtigt, daß die Stalinschen Massenarmeen der 40er und frühen 50er Jahre von Chruschtschow in der Zeit zwischen 1955 und 1962 in großem Umfang reduziert worden sind. Nach westlichen Schätzungen, die auf Forschungen aus den letzten Jahren beruhen, bewegten sich diese Reduzierungen zwischen 1,2 und 2 Millionen Mann. Dies ist dem Westen verborgen geblieben, nicht zuletzt deshalb, weil die sowjetische Führung es dem Westen verborgen halten wollte. Es gab bestimmte ökonomische Bedingungen, die sie dazu zwangen, die Massenrüstung abzubauen. Dies ist ein Beispiel dafür, daß etwas jahrzehntelang verborgen bleibt, weil es offensichtlich nicht genügend westliche Analyseinstrumente gegeben hat, obwohl ein Teil der Informationen, wie wir heute wissen, durch die sowjetische Presse zugänglich war.

Ich möchte auf einen zweiten Punkt eingehen, der in dem Bericht ebenfalls angesprochen worden ist. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß sich Gorbatschow zur Legitimation seiner heutigen Reformpolitik auf die Neue Ökonomische Politik (NEP) zu Anfang der 20er Jahre und damit auf Lenin beruft. Diese neue Politik ist seinerzeit in den Ansätzen steckengeblieben und Mitte und Ende der 20er Jahre durch Stalins Politik der Fünfjahrespläne und der Industrialisierung überrollt worden. Angesichts dessen kann man natürlich gewisse Prognosen stellen, wenn der Zeitbedarf, den die sowjetischen Reformen benötigen, auch diesmal als sehr kurz angesetzt wird. Ein Vergleich etwa mit den Systemveränderungen in China in den letzten neun Jahren seit der Propagierung der vier Modernisierungen durch Deng Xiaoping (1978) macht deutlich, daß die chinesische wirtschaftliche und soziale Reform auf ganz andere Fristen setzt. Unter dem Aspekt zu kurzer Fristen kann sich für die sowjetische Reform möglicherweise eine zentrale Gefahr ergeben. Sie wird sicherlich keine direkten Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis haben, aber es werden sich doch indirekte Auswirkungen ergeben.

Ich glaube, es war richtig, daß in Ziffer 72 des Berichtes auch die unterschiedliche Wahrnehmung, die es in Westeuropa und den Vereinigten Staaten gibt, was die **Bedrohungssituation** angeht, angesprochen worden ist. Dabei wissen wir, daß diese Wahrnehmung nicht nur einem sehr häufigen Wechsel ausgesetzt ist, sondern auch einer Phasenverschiebung; denn wenn in Westeuropa die Bedrohung als relativ gering oder geringer eingeschätzt wird, steigt sie in der Wahrnehmung der führenden Gruppen in der öffentlichen Meinung der USA häufig an. Und umgekehrt: Wenn die Bedrohung in den USA als geringer eingeschätzt wird, steigt sie in der Wahrnehmung Westeuropas sehr häufig an. Wir haben diese Diskussion gerade auf der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister gehabt, wo über eine Studie der Vereinigten Stabschefs der USA diskutiert worden ist, in der die Bedrohung durch die konventionellen Kräfte der Sowjetunion als geringer eingeschätzt worden ist als in früheren Studien des Pentagon.

Wichtig ist auch, daß der **unterschiedliche Menschenrechtsbegriff** herausgearbeitet worden ist, der in Westeuropa und der Sowjetunion jeweils gilt. Dabei geht es nicht nur um die Unterschiede in der Betonung der individuellen Menschenrechte auf westlicher Seite und der kollektiven sozialen Menschenrechte auf östlicher Seite, sondern es geht auch darum, daß es nach dem Menschenrechtsverständnis der Sowjetunion und anderer kommunistischer Systeme keine vorstaatlichen Menschenrechte gibt, die dem Menschen, dem Individuum naturgegeben sind. Das ist meiner Meinung nach ein fundamentaler Unterschied.

Er ist fundamentaler als die Unterscheidung zwischen sozialen und individuellen Menschenrechten.

Im übrigen ist es sicherlich richtig – damit möchte ich schließen –, daß wir im Tenor dieses Berichtes die inneren Reformversuche der Sowjetunion nicht euphemistisch einschätzen, daraus keine voreiligen Schlüsse für die westliche Politik ziehen. Wichtig ist aber auch, daß wir die Chancen ergreifen, die in dieser Reformpolitik liegen; denn wenn ich die jetzige Situation vergleiche mit den Erfahrungen der 60er Jahre, in denen von westlicher Seite aus zum ersten Mal Entspannungsversuche unternommen worden sind, muß ich sagen, daß die Bilanz in der heutigen Zeit doch eher positiv ist.

Ich erinnere daran, daß Mitte der 60er Jahre der damalige Staatschef unseres Gastlandes Frankreich, Charles de Gaulle, mit der Triade „détente, entente, coopération" diese Diskussion auf westlicher Seite sehr stark vorangebracht hat vor dem Hintergrund innenpolitischer Vorgänge in der Sowjetunion, die

damals enorme Schwierigkeiten bereitet haben. Damals hat – es war die Zeit, in der die Chruschtschow-Periode gerade beendet worden war, also der Versuch, tatsächlich ein erstes Stück Entstalinisierung voranzutreiben – der Apparat zurückgeschlagen und jedenfalls die Reformversuche, die unter Chruschtschow unternommen worden sind, rückgängig gemacht. Trotzdem ist damals das Ziel „détente, entente, coopération" propagiert worden.

Wir wissen, daß viele außenpolitische Ereignisse – bis hin zur Entfremdung zwischen China und Moskau – dann auch in der Sowjetunion tatsächlich eine Politik ermöglicht haben, die erste Entspannungsschritte gebracht hat. Aber wir wissen auch, wie brüchig das gewesen ist, nachdem in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein neuer Rüstungsschub erfolgte.

Wir können nicht erwarten, daß die sowjetische Führung den Kommunismus gewissermaßen aufgibt, um tatsächlich eine friedlichere Situation und eine stärkere Kooperation zwischen Ost und West zu erreichen. Wir müssen also mit diesem System leben. Wir müssen mit der Sorgfalt, in der dies in diesem Bericht untersucht worden ist, die Chancen abwägen, die sich unter der neuen sowjetischen Führung im Ost-West-Verhältnis ergeben.

Ich möchte dem Berichterstatter noch einmal ausdrücklich meinen Dank und meine Anerkennung für die Tendenz aussprechen, mit der er diesen Bericht erstellt hat.

Schönen Dank.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident, gestatten Sie, daß ich Ihnen – wenn ich es recht sehe, als erster kontinentaler Europäer – sehr herzlich zu Ihrer Wahl zum Vizepräsidenten gratuliere. Ich freue mich, in Ihnen einen engagierten Europäer und auch einen guten Kenner der Geschäftsordnung und der Verfahrensvorschriften zu sehen; wir werden also unter Ihrem Vorsitz mit gutem Gewissen tagen können.

Sehr herzlichen Dank sage ich unserem Berichterstatter, dem Kollegen Pécriaux, und auch dem Sekretär des Ausschusses, Herrn Burgelin.

Herr Präsident, Sie haben gestern diesen Bericht ein Meisterstück des gesunden Menschenverstandes und der Ausgeglichenheit genannt. Ich glaube, besser kann man diesen Bericht in der Tat nicht charakterisieren. Es ist ein sehr weiser Bericht, ein Bericht ohne Euphorie, der auch nicht der Versuchung erlegen ist, zu spekulieren.

Der Ausschuß hat diesen Bericht in drei Sitzungen beraten. Ich denke, auch das zeigt, daß er sich der Bedeutung gerade dieses Berichts besonders bewußt geworden ist.

Mein Dank gilt auch den Kollegen, die gestern und heute in der Debatte über diesen Bericht das Wort ergriffen haben und die durchweg positiv Stellung genommen haben.

Es ist in der Aussprache wiederholt angeklungen, daß die **sowjetische Außenpolitik** ihren Ursprung nicht im Jahre 1917 hat, sondern auf die Zeit Peters des Großen zurückgeht, also eine Fortschreibung der zaristischen russischen Politik ist. Ich glaube in der Tat, daß das zutrifft. Der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt hat darauf vor einigen Monaten in einem beachtenswerten Aufsatz hingewiesen.

Mir scheint, um so größer, um so schwieriger, um so risikoreicher ist das, was sich Generalsekretär Gorbatschow offenbar vorgenommen hat. Es bedeutet eine Abkehr nicht nur von einer 70jährigen sowjetischen Politik, sondern auch von einer 250jährigen russischen Politik.

Wenn wir das große Engagement der Sowjetunion etwa im Nahen Osten sehen, so hat auch die Politik in dieser Region ihre Wurzeln in der Zeit vor Lenin; auch sie stammt aus der Zeit der Zaren.

Ich meine, wir sollten bei dieser Gelegenheit auch an das denken – und ich bin Lord Mackie sehr dankbar dafür, daß er darauf hingewiesen hat –, was diese Politik, die wir als Außenpolitik betrachten, im Innern der Sowjetunion an Wirkungen zeitigen muß. Es geht doch um nichts weniger, als daß Millionen sowjetischer Funktionäre und ihre Familien tiefste Eingriffe in ihre soziale Stellung, in ihren Beruf und in ihr gesellschaftliches Ansehen werden hinnehmen müssen. Das ist wahrhaft eine Aufgabe, die in der Gegenwart vielleicht mit keiner anderen politischen Aufgabe zu vergleichen ist.

Es ist von vielen Rednern gefordert worden, man solle in den Gesprächen mit der Sowjetunion auf die Wahrung der **Menschenrechte** drängen. Daß wir das mit Nachdruck fordern, ist keine Überraschung, und zwar nicht nur wegen Helsinki und nicht nur deshalb, weil wir alle, die wir hier sitzen, zugleich Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sind, einer Institution also, die sich wie keine andere auf der Welt die Wahrung der Menschenrechte zum Ziel gesetzt hat.

Aber wir sind auch deshalb gehalten, immer wieder auf die Wahrung der Menschenrechte zu dringen, weil jeder von uns demokratisch gewählt und somit auf Wahrung und Verteidigung der Menschenrechte verpflichtet ist.

Der amtierende Ratspräsident, der niederländische Außenminister, hat vorgestern sinngemäß ausgeführt, daß das Ausmaß einer befriedigenden Regelung der Menschenrechtsfragen auch über den Spielraum der Abrüstungspolitik entscheide. Ich glaube, er hat recht. Jeder Staat – ich betone: jeder Staat –, der Menschenrechte seiner Bürger mißachtet und verletzt, der Menschen körperlich oder seelisch foltert, muß auf das Mißtrauen seiner Nachbarstaaten stoßen. Abrüstung aber kann nicht auf Mißtrauen gegründet sein. Sie braucht Vertrauen. Daher gibt es ein unverzichtbares Junktim zwischen Menschenrechten und Abrüstung.

Herr Präsident, es wird niemanden überraschen, daß die Passage des Berichts, die sich für eine Fortsetzung der **Kontakte zum Obersten Sowjet** ausspricht, im Ausschuß besonders eingehend und auch kontrovers diskutiert worden ist. Ich möchte eines

klarstellen: Es geht uns nicht darum, Sprecher des Obersten Sowjet in die Versammlung einzuladen und von der Tribüne dieses Hauses sprechen zu lassen. Wir wollen auch keine PR-Kampagne entfalten, und wir wollen weder uns noch andere interessant machen. Wir wollen vielmehr mit den Mitgliedern des Obersten Sowjet im Rahmen unserer Ausschüsse sachlich über die Möglichkeiten einer Abgleichung unserer Interessen sprechen. Nur darum geht es!

Dabei sollten wir – Herr Präsident, das geht jetzt über den eigentlichen Text dieses Berichts hinaus – eines nicht vergessen: Der Warschauer Pakt umfaßt mehrere Staaten. Ganz sicher liegt der Schlüssel zur Lösung unserer Probleme und zu einer schrittweisen Überwindung der Spaltung unseres Kontinents allein im Kreml, nicht in Budapest oder in Sofia oder gar in Warschau oder Ost-Berlin. Trotzdem sollten wir die Selbstachtung und das Selbstbewußtsein auch der anderen Staaten beachten, ein Selbstbewußtsein, das gerade in dieser spezifischen Situation besonders empfindlich sein könnte. Wir sollten uns daher auch Kontakten zu den anderen Parlamenten unserer östlichen Nachbarstaaten nicht verschließen.

Es ist in der Debatte wiederholt die mangelnde Öffentlichkeitswirkung unserer Arbeit angeklungen. Es ist in der Tat bedauerlich, daß die Öffentlichkeit von unserer Arbeit so wenig Kenntnis nimmt. Es sind Vergleiche zur wirksamen **Öffentlichkeitsarbeit** etwa der Sowjetunion gezogen worden. Ich würde mir wünschen, daß gerade die Debatte dieser Tage Beachtung finden würde, allerdings nicht nur in Europa, sondern auch bei den Kolleginnen und Kollegen im amerikanischen Kongreß, die demnächst vor wichtigen Entscheidungen stehen. Sie sollten nicht nur aus der Debatte über diesen Bericht, sondern insgesamt aus den Debatten, die wir seit Montag führen, den Eindruck gewinnen können, wie nüchtern und wie realistisch wir Europäer die Dinge sehen und wie wir auch die Risiken einer Politik sehen, die uns allerdings auch zum erstenmal seit Jahrzehnten Anlaß zur Hoffnung gibt.

Herr Präsident, als Vorsitzender des Ausschusses bitte ich um Zustimmung zum Bericht des Kollegen Pécriaux.

Empfehlung 453

betr. die jüngsten Entwicklungen in der sowjetischen Außenpolitik

Die Versammlung

(i) ist der Auffassung, daß die von der Sowjetunion betriebene Politik der Reform und der Offenheit, sofern bestätigt und weiterverfolgt den Weg für einen tiefgreifenden Wandel in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, für wichtige Abrüstungsmaßnahmen und eine Konsolidierung des Weltfriedens eröffnet;

(ii) stellt fest, daß die von Gorbatschow am 17. September 1987 dargelegten Aussichten auf „Realität und Garantien für eine sichere Welt" weitgehend den Erwartungen Westeuropas entsprechen, vertritt jedoch die Auffassung, daß die Praxis in der Sowjetunion mehr mit diesen Worten übereinstimmen sollte;

(iii) ist der Auffassung, daß die KSZE den Rahmen bildet, in dem die Bedingungen für neue Beziehungen zwischen beiden Teilen Europas ausgearbeitet werden können, sofern bei jedem der drei Körbe weiterhin ausreichende Fortschritte erzielt werden;

(iv) begrüßt die bei der Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen erzielten Fortschritte, stellt jedoch fest, daß die Sicherheit Westeuropas auch Vereinbarungen erfordert, über eine verifizierbare Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen, über ein Gleichgewicht der konventionellen Waffen und über ein Verbot des Einsatzes chemischer Waffen mit der schrittweisen Vernichtung der bestehenden Bestände;

(v) stellt fest, daß die derzeit größten Bedrohungen des Weltfriedens ihren Ursprung in Regionen haben, die außerhalb des Geltungsbereiches des Nordatlantikvertrags liegen;

(vi) betont, daß es ein Anliegen des Rates der WEU sein muß, die Aktionen der Mitgliedsländer abzustimmen, um in Anwendung der Resolution 598 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen den Frieden wiederherzustellen und die freie Schiffahrt im Golfgebiet zu sichern;

(vii) begrüßt die Tatsache, daß die Versammlung einen Dialog mit dem Obersten Sowjet der Sowjetunion über die europäischen Sicherheitsbedingungen einleiten konnte, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß dieser Meinungsaustausch fortgesetzt werden kann;

empfiehlt dem Rat

1. die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa regelmäßig zu untersuchen;

2. die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion dringend aufzufordern, alle sowjetisch-amerikanischen Abkommen über die Begrenzung der atomaren Mittelstreckenwaffen durchzuführen und Europa gleichzeitig zuzusichern, daß entschlossene und nachhaltige Anstrengungen für einen baldigen und zufriedenstellenden Abschluß der Verhandlungen über andere Waffenkategorien unternommen werden;

3. sich auf dem Wege enger Konsultationen um die Verteidigung gemeinsamer Positionen auf allen im Rahmen der KSZE stattfindenden Treffen zu bemühen, um bei Verhandlungen in bezug auf jeden der drei Körbe substantielle und ausgewogene Ergebnisse zu erzielen, insbesondere

   a) den baldigen Abschluß eines Abkommens über die konventionelle Rüstungsbegrenzung, welches das Gleichgewicht der Kräfte in Europa wiederherstellt und ein zufriedenstellendes Verifikationssystem enthält;

b) den freien Meinungsaustausch und den freien Personenverkehr zwischen Ost- und Westeuropa;

c) die Festsetzung der Verpflichtungen für jedes Land, das an dieser Konferenz teilnimmt, insbesondere in bezug auf die Menschenrechte und die Umwelt;

d) den Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Teilen Europas;

e) die Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit aller Staaten.

Tagesordnungspunkt:

Die Einschätzung der Bedrohung

(Drucksache 1115)

Berichterstatter: Abg. Stokes (Vereinigtes Königreich)

(Themen: die Problematik militärischer Stärkevergleiche – Nuklearwaffen – konventionelle Streitkräfte – qualitative Faktoren)

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Kollegen Stokes, in den enorme Arbeit investiert worden ist, für die ich dem Berichterstatter und den beteiligten Mitgliedern des Ausschußsekretariats ausdrücklich danken möchte, macht deutlich, vor welchen enormen Schwierigkeiten wir stehen, sowohl ausreichend Daten über die verschiedensten Felder der Rüstung zu bekommen als auch gemeinsame Kriterien zu erarbeiten, um diese Daten echt zu bewerten. Der Bericht hat dies an verschiedenen Stellen deutlich gemacht, am ausführlichsten im Bereich der chemischen Waffen. Die Schätzungen über das, was auf seiten der Sowjetunion an chemischen Waffen vorhanden ist, gehen weit auseinander.

Der Bericht macht aber auch deutlich, daß wir in der **Einschätzung der qualitativen Merkmale von Rüstung** noch nicht sehr weit vorangekommen sind. Dankenswerterweise liefert der Bericht bestimmte Daten hierzu; er hält sich aber in der Bewertung sehr zurück. So hätte z. B. die Tatsache, daß die Sowjetunion nur auf sechs von 20 zentralen Gebieten der für die Rüstung relevanten Hochtechnologien mit den USA gleichgezogen hat, aber auf keinem dieser 20 Gebiete vorne liegt, sondern, wie gesagt, auf 14 Gebieten einen wesentlichen Rückstand hat, bei der Bewertung eigentlich noch stärker berücksichtigt werden müssen. Als ein Beispiel nenne ich das Gebiet der Panzerabwehr. Hierzu liegen Zahlen vor. Wir haben einen erheblichen Zulauf an neuen Panzertypen in der Sowjetunion. Diese neuen Panzertypen weisen natürlich auch gewisse Qualitäten auf, wie sie die westlichen Panzer haben, ob es sich nun um solche aus der Bundesrepublik, aus Frankreich, aus den Vereinigten Staaten oder aus England handelt. Ich nenne beispielsweise die Fähigkeit, bei Nacht zu kämpfen, und die Fähigkeit, während des Rollens im Gefecht zu schießen. Ich meine, daß all dies bei künftigen Einschätzungen stärker zu gewichten wäre.

Es bleibt natürlich die enorme Asymmetrie, was die Landstreitkräfte und die Panzer angeht. Es ist ganz wichtig, daß wir unsere eigenen Vorstellungen im Hinblick auf konventionelle Abrüstung und Umrüstung im Konsens formulieren und in die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung zwischen Ost und West einbringen. Ich meine, daß sich im Zusammenhang mit dem INF-Abkommen – so unterschiedlich es in der Debatte in diesen Tagen hier im einzelnen auch bewertet worden ist –, im Zusammenhang mit den Verifikationsbestimmungen dieses Abkommens doch erhebliche **Möglichkeiten für die Beschaffung und Aufbereitung neuer Daten** ergeben. Die Tatsache, daß z. B. in großem Umfang Inspektionen vor Ort stattfinden, daß in großem Umfang Kontrollen auf Verdacht stattfinden, kann dazu beitragen, die Lage bei der Beschaffung von Daten erheblich zu verbessern. Die frühere sowjetische Führung hat noch vor wenigen Jahren – ich zitiere jetzt den früheren Außenminister Gromyko – solche Inspektionen vor Ort als Spionage bezeichnet. So wurde es noch im Jahre 1984 gesehen. Man muß deutlich sagen, daß mittlerweile Möglichkeiten eröffnet worden sind, die für uns auch künftig nutzbar sind.

Das gleiche gilt für die Auswertung der Manöverbeobachtungen und der Inspektionen auf Verdacht, die durch das Stockholmer Abkommen vom September 1986 ermöglicht worden sind. Was uns inzwischen an Berichten vorliegt und in den nationalen Parlamenten – jedenfalls auf der Ebene der Ausschüsse für Abrüstung und Rüstungskontrolle – teilweise auch diskutiert worden ist, macht uns in unserer bisherigen Einschätzung sicherer und bestätigt eine Reihe von Ergebnissen, die bisher schon vorlagen, macht aber auch die Notwendigkeit weiterer intensiver Kontrollen notwendig.

Ich möchte abschließend auf einen weiteren Punkt hinweisen. Unter Ziffer 2.4 des Berichts wird zu Recht gesagt, daß die Sowjetunion im wesentlichen auf Grund ihrer militärischen Rüstung eine Weltmacht ist. Man kann hinzufügen: Sie ist es auch auf Grund ihres riesigen Territoriums und auf Grund ihres Potentials, selbst wenn dieses Potential in wirtschaftlicher Hinsicht noch nicht voll entwickelt ist. Man sollte in diesem Zusammenhang stärker auf die Antriebe durch den jetzigen Reformprozeß, über den wir vorher diskutiert haben, hinweisen. Wenn gesagt wird, daß die Rüstung der ausschlaggebende Faktor für die Rolle der Sowjetunion als Weltmacht sei, so kann man ebenso sagen, daß der enorme Anteil der Rüstung an der sowjetischen Wirtschaft möglicherweise auch für das verantwortlich ist, was in dem Bericht „skleroseartige Verhärtung" genannt worden ist.

Es geht nicht nur um den Anteil der Rüstungskosten am Bruttosozialprodukt, der nach den uns vorliegenden Schätzungen 13 bis 15 % beträgt. Wir wissen, daß im Bereich der Rüstungstechnologie und der

Rüstungsproduktion mehr als die Hälfte der sowjetischen Ingenieure, mehr als die Hälfte der qualifiziertesten sowjetischen Facharbeiter und mehr als die Hälfte der sowjetischen Wissenschaftler, soweit diese mit naturwissenschaftlichen Vorgängen befaßt sind, engagiert sind. Natürlich fließen auch die wertvollsten Rohstoffe in diese Produktion. Wir haben es hier mit einem klassischen Fall von Rüstungssklerose zu tun. Dieser Sachverhalt ist von westlichen Beobachtern seit Jahren wahrgenommen worden, wird aber offensichtlich von der sowjetischen Führung anders bewertet.

Manche westlichen Analysen zeigen die Gefahr auf, daß dann, wenn die Reformen in der Sowjetunion einen gewissen Erfolg hätten, im Grunde auch die sowjetische Rüstung verstärkt und die Bedrohung wieder größer würde. Dies ist die eine Möglichkeit.

Ich halte es aber für wahrscheinlicher, daß sich angesichts der Bedingungen einer modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft, die sich mittel- und längerfristig auch in der Sowjetunion ergeben werden, sowohl materielle wie immaterielle Werte der zivilen Produktion in der sowjetischen Gesellschaft, auch bei den führenden politischen Schichten, die am wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Prozeß natürlich ebenfalls beteiligt sind, stärker durchsetzen werden. Das ist nicht nur eine abstrakte Hoffnung. Für eine solche Hoffnung gibt es vielmehr auch eine gewisse Fundierung.

Es ist nach wie vor zu fordern – diese Forderung des Berichts unterstreiche ich –, daß sich die Westeuropäische Union und die Westeuropäer insgesamt mehr Mittel der verschiedensten Art – bis hin zu den elektronischen Mitteln – beschaffen, um sich mit eigenen Daten ausstatten zu können und im Austausch mit anderen, die über zahlreiche Rohdaten verfügen, Wirkungen entfalten zu können. Die Beschaffung von Rohdaten ist die eine Seite. Konsens bei der Erarbeitung von Kriterien und von qualitativen Beurteilungsmaßstäben ist die andere Seite. Darüber muß politisch diskutiert und entschieden werden.

Herr Präsident, ich bedanke mich sehr für die Aufmerksamkeit.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stokes hat einen umfassenden Bericht vorgelegt, eine umfangreiche Arbeit, die sehr detailliert ist und viele Fakten enthält. Ich möchte ihm einen besonderen Dank für diesen guten, informativen Bericht sagen.

Wenn wir heute über den Bericht diskutieren, Herr Stokes, dann stimme ich mit Ihnen überein, daß sicherlich folgendes zutrifft: Jede **Einschätzung der Bedrohung, der sich das Atlantische Bündnis durch die Sowjetunion ausgesetzt sieht,** bedarf erstens einer politischen Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik, muß zweitens das Verhalten der Sowjetunion gegenüber dem westlichen Ausland berücksichtigen. Sicherlich müssen drittens auch die mutmaßlichen militärischen Absichten der Sowjetunion untersucht werden. Letztlich sind auch die militärischen Potentiale in die Beurteilung einzubeziehen. Das ist der erste Punkt der Empfehlung.

Bei Punkt 2 – Herr Stokes, Sie haben das in Ihrem Beitrag noch einmal dargelegt – habe ich schon ein paar Schwierigkeiten, was Formulierung und Wollen anbetrifft, zumal ich auch bei kritischer Betrachtung nicht Ihre Meinung teilen kann, daß freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion davon abhängig gemacht werden müssen, daß einerseits die Besetzung von Afghanistan und andererseits die Besetzung der baltischen Staaten – wie Sie es ausgedrückt haben –, der heutigen Sowjetrepubliken Lettland, Litauen und Estland, gleichwertig auf eine Stufe gestellt werden. Die Besetzung von Afghanistan ist zu verurteilen. Doch im Zusammenhang mit der Besetzung der baltischen Staaten erwähnt, verstößt das so, wie es formuliert ist, nach meiner Einschätzung klar und deutlich gegen den Geist der KSZE-Dokumente. Wenn wir das fortsetzen würden, was Sie im einzelnen gesagt haben, müßten wir ja auch darüber nachdenken, ob es nicht so ist, daß ganze Gebiete Polens sozusagen verrückt worden sind, was alle Europäer und auch die Deutschen nicht ohne weiteres rückgängig gemacht sehen möchten, weil das – besonders zum jetzigen Zeitpunkt gefordert – in keiner Weise der Entspannung und dem Frieden dient.

Herr Stokes, Sie haben vorhin darauf verwiesen, daß Sie im letzten Krieg waren, daß Sie den Krieg erlebt haben. Ich habe den Krieg damals als kleiner Junge im Ruhrgebiet erlebt, als amerikanische und britische Bomber unsere Städte zerstört haben. Ich habe damals als Kind im Bunker gesessen und mitbekommen, wie um mich herum die Städte in Trümmer fielen. Aus dieser Zeit weiß ich, was Krieg bedeutet. Ich respektiere Ihre Eindrücke, aber ich wollte an dieser Stelle noch einmal darlegen, wie die Sicht aus einer anderen Perspektive aussieht. Deswegen sage ich: Zumindest in der Formulierung ist das ein Rückfall in die Politik des Kalten Krieges.

Positiv möchte ich allerdings erwähnen, Herr Stokes, daß Sie den **Leistungsvergleich in den Technologiebereichen** vorgenommen haben, obwohl ich der Meinung bin, daß das sicherlich nicht so aufgearbeitet werden konnte, wie es notwendig ist. Insofern wende ich mich, wenn ich mich gegen Ihren Bericht ausspreche, nicht so sehr gegen die mit Akribie zusammengetragenen Daten und Fakten, sondern einzig und allein gegen die Schlußfolgerungen, die Sie in diesem Teilbereich gezogen haben.

Wir dürfen keine Angst vor weitergehender Abrüstung haben. Wir sollten die Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten vom 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin ernst nehmen. In dieser Erklärung hat der Warschauer Pakt Schritte zur nuklearen und konventionellen Abrüstung vorgeschlagen. Ich meine, wir sollten den Vorschlägen Taten folgen lassen. Die Genfer Verhandlungen und das überaus positive Ergebnis haben uns allen doch sehr deutlich gezeigt, daß eine reale und gegenseitig kontrollierbare Abrüstung möglich ist.

Meine Damen und Herren, ich bin auch von dem weitergehenden Abrüstungswillen beider Großmächte, auch der Sowjetunion, überzeugt. Dieser Wille zur Abrüstung ist auch angesichts der immer noch bestehenden Disparitäten zwischen beiden Blöcken überaus wichtig. Sicherlich ist richtig, wenn die Kritiker der Abrüstung behaupten, die Überlegenheit des Warschauer Paktes auf dem konventionellen Gebiet und auf dem Gebiet der Kurzstreckenraketen sei für uns Westeuropäer eine weiterhin bestehende Bedrohung. Ich will das nicht wegwischen. Ich sage, das ist so.

Was heißt das aber für den Westen? Für den Westen bedeutet das, daß wir eine friedens- und **sicherheitspolitische Gesamtkonzeption** entwickeln müssen, nämlich eine Konzeption, die dem Vorbild des INF-Abkommens entspricht, d.h. einem disproportionalen Abbau bis auf Null oder bis auf eine gemeinsame Maximalgröße. So sind nach meiner Einschätzung Konzepte für die Abrüstung a) im konventionellen Bereich, b) im Bereich der chemischen Waffen und c) auf dem Gebiet der taktischen Nuklearwaffen und Gefechtsfeldwaffen jetzt notwendiger und dringlicher denn je.

Diese Konzepte müssen allerdings eingebunden sein in eine weiterführende politische Perspektive einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Dazu gehören auch – insofern möchte ich Sie an diesem Punkt wieder als Berichterstatter erwähnen, der eine umfassende Aufstellung vorgenommen hat –, eigenständige Informationssysteme. Ein eigenständiger Beobachtungssatellit dient unserer Sicherheit und der Stabilisierung unserer Verteidigungsmaßnahmen. Wenn wir über den Bericht von Herrn Bassinet reden, sollten wir gerade diesen Punkt einmal anschneiden, um aufzuzeigen, was gegenseitige Rüstungskooperation bedeutet.

Für uns Sozialdemokraten bedeutet diese politische Perspektive, daß wir mit unserer Sicherheitspolitik versuchen müssen, gegenseitige Feindbilder und Bedrohungsperzeptionen abzubauen und defensive Militärdoktrinen in beiden Militärbündnissen durchzusetzen. Das ist nämlich entscheidend. Es kommt auf die jeweilige Militärdoktrin an. Für den Warschauer Pakt bedeutet das, die Strategie der raumgreifenden Offensive aufzugeben, um auch das hier deutlich anzumerken.

Für die Sicherheitspolitik der Westeuropäer heißt das, im Einverständnis mit den USA und Kanada ein System der **strukturellen Nichtangriffsfähigkeit** mit einem atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa aufzubauen. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit heißt mehr als bloße Parität. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit verlangt vielmehr, daß beide Blöcke klar erkennbar auf offensive Optionen verzichten. Gemeinsame Sicherheit und die Fähigkeit zu wirklicher Abrüstung müssen unsere Politik bestimmen.

Diese gemeinsame Konzeption muß sich hauptsächlich an zwei Prinzipien messen lassen: a) am Prinzip der Glaubwürdigkeit und b) am Prinzip der Akzeptanz in der eigenen Bevölkerung und in der Truppe.

Einerseits vermeiden Sie, Herr Stokes, bewußt das Wort Gleichgewicht, andererseits nehmen Sie aber wieder einen Kräftevergleich vor, ohne direkt das Wort Kräftevergleich zu verwenden. Sie haben vorhin noch einmal den 30-Tage-Vorrat an Munition angeführt, den die NATO hat. Auf der anderen Seite haben Sie darauf verwiesen, daß die Gegenseite über einen Munitionsvorrat für 90 Tage verfügt. Ich möchte Sie an dieser Stelle fragen: Was sagen diese 30 Tage, was sagen diese 90 Tage eigentlich aus?

Es geht doch letztlich darum, daß das Größen im Sinne eines Anhaltspunktes sind, die man so nicht gegenüberstellen kann, weil wir gar nicht wissen, was am ersten Tage bei dem einen und was am ersten Tage bei dem anderen eingesetzt wird. Ein 30-Tage-Munitionsvorrat bedeutet ja nicht, daß am gleichen Tag gleich viel Munition verschossen wird. Vielmehr ist es doch so, daß am ersten Tag möglicherweise 10000 und am letzten Tag vielleicht nur noch 5000 oder 2000 Raketen oder Bomben verschossen bzw. geworfen werden usw. usf. Deswegen sage ich: Allein solche Vergleiche, wenn man sie einführt, sagen dem, der in dieser Frage Fachmann ist, nichts. Sie werden meistens ja auch nur angeführt, um andere, die davon wenig verstehen, zu überzeugen.

So geht der Militärausschuß der Nordatlantischen Versammlung in der Kategorie der landgestützten Kurzstreckenraketen von 144 auf der westlichen Seite und von 775 auf der Seite des Warschauer Pakts aus. Wir haben auch in einem anderen Bereich unterschiedliche Daten – Sie haben darauf hingewiesen, Herr Stokes –: In Europa sind auf westlicher Seite rund 200 und auf der Seite des Warschauer Paktes rund 1240 Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von unter 500 km stationiert. Unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der Kurzstreckenraketen stellen diese Systeme eine besondere Bedrohung für unser Land dar. Das ist unumstritten. So wird in jedem Fall deutscher Boden zum Schlachtfeld, da die überwiegende Mehrzahl der Kurzstreckenraketen auf deutschem Boden stationiert ist oder auf deutschen Boden gerichtet ist. Insofern tragen wir Deutschen in Ost und West ein erhebliches, ein hohes Risiko.

An diesem Punkt stellt sich natürlich die Frage der Akzeptanz. Ist dieses Risiko für die Deutschen akzeptabel? In der deutschen Öffentlichkeit zeichnet sich nach meiner Einschätzung ein zunehmender Mangel an Akzeptanz ab. So kann der Einsatz von taktischen Nuklearwaffen aus deutscher Sicht nicht mehr glaubwürdig proklamiert werden, um es einmal deutlich zu formulieren.

Die Bundesrepublik Deutschland darf keine atomare Brandmauer für Westeuropa werden. Wer es ernst meint mit der Parole „Je kürzer die Reichweite, desto toter die Deutschen", muß diese Potentiale beseitigen wollen. Darauf hat Theo Sommer in der „Zeit", einer sehr weit verbreiteten deutschen Wochenzeitschrift, hingewiesen.

Damit sind auch – das sage ich hier in der Westeuropäischen Union – die französischen Pluton-Raketen gemeint, die auf deutsches Territorium gerichtet sind und insofern die Bevölkerung des eigenen Verteidigungspartners bedrohen. Man muß auch hier aussprechen, daß das etwas ist, was uns belastet.

Aus unserer Sicht ist deswegen eine dritte Null-Lösung im Bereich der Kurzstreckenraketen erforderlich, zumal diese zu einem stärkeren Abbau der Potentiale des Warschauer Paktes führen würde. Wir dürfen diese Abrüstungschance nicht ungenutzt vorüberziehen lassen. Wir sollten vielmehr die zwischen den Supermächten in Gang gekommene Abrüstungsdynamik nutzen und die Verhandlungen auf dem Gebiet der Atomwaffen mit kürzerer Reichweite fortführen. In keinem Fall darf der Erfolg bei den INF-Verhandlungen durch eine Aufstockung der Kurzstreckenatomwaffen zunichte gemacht werden.

Nach unserer Meinung muß unsere nächste Aufgabe die **Abrüstung im taktischen Nuklearwaffenbereich** sein. Sicherlich stehen diese Kurzstreckenraketen heute in einem unauflöslichen Zusammenhang mit den konventionellen Streitkräften. Dennoch sollte der Westen nichts unversucht lassen, ein Junktim zwischen diesen beiden Bereichen zu konstruieren. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Verhandlungen über konventionelle Abrüstung auf Grund der größeren Schwierigkeiten beim Vergleich der Waffenpotentiale mehr Zeit als Verhandlungen über atomare Abrüstung brauchen. Wir wissen auch, daß die Zeit bei Abrüstungsverhandlungen über die konventionellen Streitkräfte nicht für uns arbeitet.

Deshalb ist es wichtig, möglichst schnell über atomare Gefechtsfeldwaffen und konventionelle Systeme, d. h. vor allem Panzer und Artillerie, zu verhandeln. Auf diesem Gebiet kann die Sowjetunion dann beweisen, ob sie wirklich zu einer umfassenden Abrüstungs- und Friedenspolitik bereit ist. Dann wird sich zeigen, ob unter Gorbatschow eine Politik der gemeinsamen Sicherheit möglich ist.

Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, daß nach meinen Ausführungen kaum eine Zustimmung zum Stokes-Bericht erwartet werden kann. Es ist deshalb sicherlich schlüssig, wenn ich empfehle, dem Stokes-Bericht unsere Zustimmung zu versagen.

Herzlichen Dank für das Zuhören.

Dr. Hitschler (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Die vom Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen hier vorgelegten Empfehlungen über „Die Einschätzung der Bedrohung" gründen sich auf einen Bericht der Bedrohungsbeurteilung, der einerseits eine politische Beurteilung der tatsächlichen sowjetischen Außenpolitik und ihrer möglichen Absichten und andererseits einen exakten **Vergleich der militärischen Potentiale der NATO und des Warschauer Paktes** beinhaltet.

Derjenige Teil des Berichts, der sich mit dem Kräftevergleich der nuklearen und der konventionellen Waffen beschäftigt, kann als eine ausgezeichnete Teilanalyse bezeichnet werden, welche überaus realistisch und mit erkennbarem Bestreben nach objektiver Darstellung und Bewertung in dankenswerter Ausführlichkeit und Offenheit erstellt wurde. Für diese Fleißarbeit, die in dieser Form einmal notwendig war, gebührt dem Berichterstatter besonderer Dank.

Der Kräftevergleich spricht all die Probleme an, die ein solches Unterfangen erschweren, Probleme der Quellenheranziehung, der Ungewißheit von Einschätzungen, der Schwierigkeiten, die die Verwendung ungleicher Methoden bei der Ermittlung bereitet, der Schwierigkeiten bei der Bewertung der qualitativen Unterschiede im Ausbildungsstand der Soldaten und der Qualitätsdisparitäten der Waffen.

Leider finden die bemerkenswerten Feststellungen, die hier getroffen werden, keinen merklichen Nachhall in den uns vorgelegten Empfehlungen. Die Absätze IV und V der den Empfehlungen vorangestellten Feststellungen spiegeln die im Bericht gewonnenen Erkenntnisse über die qualitativen Unterschiede in der Bewaffnung, beispielsweise bei den Panzern und den Panzerabwehrwaffen, nicht wider, und auch die neueste Entwicklung durch die in den INF-Verhandlungen angekündigten Erfolge der Abrüstungspolitik wird nicht registriert.

Mit Recht wird im ersten Absatz festgestellt, daß eine Bedrohungsanalyse neben dem Kräftevergleich der Potentiale eine Dimension der politischen Einschätzung des Verhaltens und der Absichten enthalten muß. Während der Kräftevergleich im Bericht durch die Berücksichtigung einer zeitlichen Komponente und der qualitativen Unterschiede durchaus dynamische Teilaspekte enthält, vermag derjenige Teil des Berichts, der sich mit der politischen Beurteilung befaßt, diesen Eindruck nicht zu erwecken. Eine Bedrohungsanalyse eines potentiellen Gegners muß noch wesentlich mehr Faktoren beinhalten, als sie in dem Teil der politischen Beurteilung der Zielsetzungen zum Ausdruck gekommen sind. Es genügt nicht, hier lediglich einige Indikatoren wie Bevölkerungsstruktur, Wirtschaftskraft und Verteidigungsaufwand in Betracht zu ziehen und daraus einen quantitativen Verteidigungsertrag zu messen. Eine Bedrohungsanalyse muß umfassender sein. Sie muß zunächst von der Gesamtsituation des potentiellen Gegners ausgehen, seine innenpolitische Lage erfassen sowie die dort auftretenden politischen Aufgaben und die Schwierigkeiten ihrer Realisierung und die außenpolitischen Verantwortungen an allen Grenzen des Landes in Betracht ziehen.

Es ist darüber hinaus ein Blick auf die militärische Strategie und auf die besonderen Probleme, die sich ihrer Umsetzung entgegenstellen würden, zu werfen. Es ist zu berücksichtigen, welche logistischen Probleme die Ökonomie sowie der Organisationsgrad der Wirtschaft und der Versorgungstruppen aufwerfen. Es ist stärker, als dies im Bericht geschehen ist, auf die Probleme einzugehen, welche sich in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern innerhalb des Warschauer Pakts ergeben, und es ist schließlich der gegenwärtig in Gang befindliche Prozeß einer Änderung oder Wandlung in den politischen Führungsgrundsätzen zu registrieren. Dies kommt in dem Bericht zu kurz; dieser Teil ist nicht umfassend genug und findet keinen Niederschlag in den Empfehlungen.

In der Tat darf sich eine Bedrohungsanalyse nicht auf das Prinzip der Hoffnung stützen; sie muß vielmehr mit den zur Zeit gegebenen Fakten rechnen. Sie darf aber auch nicht die dynamischen Prozesse, die neuere Entwicklung innerhalb der Sowjetunion und die Erfolge bei den Abrüstungsverhandlungen außer acht lassen.

Von den Empfehlungen, die wir hier beschließen sollen, gehen politische Signale aus. Es sollte daher ein engerer Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Verhalten der sowjetischen Politik und dem daraus resultierenden Vertrauen oder Mißtrauen, daß diese Politik in der westlichen Welt hervorruft, deutlich werden. Die Nichtverwirklichung und Nichtanwendung der Menschenrechte beispielsweise in Afghanistan und anderswo durch die UdSSR – wobei ich hier die baltischen Staaten nicht im gleichen Atemzug nennen würde – beeinflußt natürlich die Einschätzung der Bedrohung. Fortschritte bei der Anwendung der Menschenrechte begünstigen das Klima, in dem weitere Abrüstungsschritte gedeihen können. Die Empfehlungen müssen dies deutlicher zum Ausdruck bringen.

Ferner sollten die Empfehlungen um die Erkenntnisse, die uns der ausgezeichnete Kräftevergleich offenbart, ergänzt werden:

– erstens um die Erkenntnis, daß das Verteidigungspotential der NATO im gegenwärtigen Zeitpunkt so beschaffen ist, daß das „mixed" von konventionellen und nuklearen Kräften ausreicht, um die Strategie der „flexible response" glaubhaft zu stützen, und daß weitere Verteidigungsanstrengungen insoweit notwendig werden, als diese strategische Fähigkeit der **flexiblen Reaktion** nicht mehr gewährleistet ist;

– zweitens um die Erkenntnis, daß ein Vergleich der Potentiale der NATO und des Warschauer Paktes keine einfache Gegenüberstellung der Quantitäten bedeuten kann, sondern auf den zugrunde liegenden strategischen Auftrag und die Fähigkeit, ihn zu erfüllen, bezogen werden muß. Nur auf diese Weise erhält das Zählen, Messen und Schätzen seinen Sinn und erhält auch der militärische Aspekt der Sicherheitspolitik seine politische Einordnung;

– drittens um die Erkenntnis, daß das Verteidigungspotential der NATO gegenwärtig ausreicht, um weitere **Fortschritte auf dem Wege der Abrüstung** möglich zu machen, und daß die Bereitschaft hierzu in dem Maße günstig beeinflußt wird, in dem die Sowjetunion ihrerseits erkennen läßt, daß sie gewillt ist, die grundlegenden Menschenrechte in ihrem Einflußbereich in höherem Maße, als es bisher erkennbar war, zu gewährleisten. Die Abrüstungsschritte freilich müssen das ungleichgewichtige Kräfteverhältnis insbesondere im konventionellen Bereich und bei den chemischen Waffen besser austarieren.

Diese Einschätzung, die ich kurz zu umreißen versucht habe, kann hier nicht in Form von Abänderungsanträgen ausreichend Berücksichtigung finden. Ich muß daher zu meinem Bedauern sagen, daß ich dem Bericht und den Empfehlungen nicht zustimmen kann.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sowohl der Berichterstatter als auch ich als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses unterstützen diesen Antrag, und ich darf dazu einige Bemerkungen machen.

Wir haben zunächst festzuhalten, daß dieser Bericht im Ausschuß einstimmig – bei nur vier Enthaltungen – verabschiedet wurde, so daß die Versammlung, da auch keine Änderungsanträge vorliegen, an sich davon ausgehen konnte, daß dieser Bericht heute verabschiedet wird. Das müssen wir überdenken, weil ich glaube, daß der Berichterstatter einen Anspruch darauf hat, seine harte und schwere Arbeit hier gewürdigt zu sehen. Diesen Hinweis auf ein Überdenken auch in den Fraktionen verstehe ich als positiven Hinweis für die Zukunft.

Zu Wort gemeldet habe ich mich auch deshalb, weil ich betonen möchte, daß eine Rücküberweisung auch etwas Positives hat. Die Entwicklungen der nächsten Monate werden so sein, daß es sicher gut ist, wenn wir im Ausschuß – eben im Hinblick auf diese bevorstehenden Entwicklungen – noch einmal über den Bericht diskutieren. Ich bitte dann nur um Präsenz auch derjenigen, die kritisch eingestellt sind, weil es, so glaube ich, fairer ist, die kritischen Punkte im Ausschuß zu diskutieren.

Herr Präsident, ich habe mich aber auch noch deswegen gemeldet, weil ich, gleichsam außerhalb der Tagesordnung, ein Dankeschön sagen möchte. Dies war der letzte Bericht, den Stuart Whyte in seiner Eigenschaft als Sekretär mit vorbereitet hat. Er wird in Ruhestand gehen – viel zu früh, so jung, wie er aussieht! Vielleicht ist es nicht der netteste Abschied, wenn der Bericht nun noch einmal diskutiert wird, aber der Geist von Stuart Whyte wird auch die weitere Beratung dieses Berichts begleiten, und ich glaube, wir haben alle Veranlassung, Stuart Whyte ein herzliches Dankeschön für die hervorragende Unterstützung in den letzten Jahren zu sagen.

Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich auch unserem Berichterstatter noch einmal ausdrücklich danke. Trotz großer familiärer Schwierigkeiten hat er diesem Bericht sehr viel Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, und er ist heute bei uns. Auch ihm ein herzliches Dankeschön für seine Arbeit.

Ich danke Ihnen.

Tagesordnungspunkt:

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten in den Mitgliedstaaten der WEU

(Drucksache 1112)

Berichterstatter: Abg. Burger (Luxemburg)

(Themen: Parlamentarische Tätigkeiten – die Öffentlichkeitsarbeit der Organe der WEU – die Öffentlichkeitsarbeit der Mitgliedsländer)

Entschließung 78

betr. die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten in den Mitgliedstaaten der WEU

Die Versammlung

(i) ist bestrebt, der Öffentlichkeit und den Parlamenten die europäische Sicherheitsdimension und die besonderen Ziele der WEU in diesem Bereich verstärkt ins Bewußtsein zu rufen;

(ii) betont, daß es von größter Wichtigkeit ist, daß sich mehr Mitglieder der Versammlung bei ihren nationalen Parlamenten auf der Grundlage der angenommenen Texte dafür einsetzen, daß der Arbeit der Versammlung der WEU Aufmerksamkeit durch Regierung und Öffentlichkeit geschenkt wird;

(iii) begrüßt die Initiative der niederländischen Regierung, die Zweite Kammer der Generalstaaten über ihre Position zu den Zukunftsaussichten der WEU unter dem niederländischen Ratsvorsitz zu unterrichten;

(iv) bedauert jedoch, daß die von den Regierungen einiger Mitgliedstaaten unternommenen bemerkenswerten Anstrengungen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit und insbesondere der jungen Generation ihrer Länder über Sicherheits- und Verteidigungsprobleme nur in Ausnahmefällen ausreichende Informationen über die Rolle der WEU beinhalten;

fordert die nationalen Delegationen auf:

1. zu gewährleisten, daß Debatten über Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten in den Parlamenten, in den Fraktionen und mit der Regierung und der Öffentlichkeit so organisiert werden, daß die Arbeit der Versammlung der WEU größtmögliche Aufmerksamkeit erhält;
2. bei den Regierungen darauf zu drängen, ihre nationalen Aktivitäten zur Unterrichtung der Öffentlichkeit und insbesondere der jungen Generation, besser mit den zuständigen Organen der WEU abzustimmen.

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion – Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1119)

Berichterstatter: Abg. Bassinet (Frankreich)

(Themen: Die Tätigkeit der WEU – die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) – das Nunn-Amendment 1985 – europäische Helikopterprogramme – zukünftige europäische Kampfflugzeuge)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Bassinet hat uns den Entwurf einer Empfehlung über die **europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich** vorgelegt, die gleichzeitig als Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates gedacht ist. Ich finde, Herr Bassinet hat für seinen Bericht unseren Dank verdient. Es ist nicht einfach, einen umfassenden Bericht zu dieser Thematik vorzulegen. Das Unbehagen darüber bekundet der Autor unter Ziffer II des Entwurfs der Empfehlung, in der er formuliert: Die Versammlung bekundet ihre Unzufriedenheit darüber, daß der Rat – trotz der entscheidenden Rolle der WEU-Länder in der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe seit 1984 – ich hebe dies besonders hervor: seit 1984 – bisher keinen Beweis für einen entscheidenden politischen Impuls für die Kooperation im Rüstungsbereich initiieren konnte. – Diese Ausführungen des Autors kann ich nur unterstreichen.

Diese Feststellung wird von dem Autor vor dem Hintergrund getroffen, daß a) die geographische und b) die militärische Lage in Europa sowie c) die Fähigkeiten der europäischen Rüstungsindustrie eigentlich dafür prädestiniert sein müßten, gemeinsam zu planen, gemeinsam zu entwickeln und gemeinsam zu produzieren. Die Vorteile im ökonomischen Bereich sind bei diesen Vorgaben noch unberücksichtigt.

Die Schwierigkeiten hinsichtlich der Kooperation werden indirekt dadurch belegt, daß man sich im Schlußkommunique beim Ministertreffen der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe in Sevilla im Sinne eines Minimalkonsenses nur auf ein Aktionsprogramm für die stufenweise Schaffung eines **europäischen Marktes für Verteidigungssysteme** einigen konnte.

Herr Bassinet verzichtet aus gutem Grunde darauf, die Probleme der Kooperation aufzuzeigen, und verweist auf eine Studie der europäischen Verteidigungsindustrie vom Dezember 1986. Das geschieht sicherlich hilfsweise.

Beeindruckend ist allerdings der in seinem Bericht auf Seite 3 und heute nochmals genannte Betrag von 35 Milliarden Dollar pro Jahr, die zusätzlich in Europa ausgegeben werden, weil es Doppelforschungen, Doppelentwicklungen und Doppelproduktionen gibt. Ich gehe davon aus, daß der Betrag in der Realität noch höher anzusetzen ist, wenn wir vom Gesamtpreis eines Waffensystems ausgehen, d.h. die Ausgaben für die notwendigen Beistellgeräte und die jeweils eigenständigen logistischen Systeme einbeziehen.

Ich möchte zwei Beispiele nennen, die stellvertretend das Dilemma aufzeigen sollen, in dem wir uns befinden. Sie stehen für die Realität in Europa, unabhängig von den guten Absichten, die verkündet werden, und den vielen Entschließungen auf unterschiedlichen Ebenen zu dieser Thematik. Alle Mitglieder der WEU sind sich bewußt, daß die Panzerabwehr eine zentrale Bedeutung in einer Verteidigungsstrategie für Zentraleuropa hat. Ein Hubschrauber, der die Fähigkeit zur Panzerabwehr zu jeder Tages- und Nachtzeit und bei allen Wetterlagen

hat, ist dringend erforderlich. Ein Hubschrauber dieser Spezifikation gilt als unstrittig.

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Bisher haben sich nur die Länder Frankreich und Bundesrepublik Deutschland zu einer gemeinsamen Entwicklungsplanung durchringen können. Lediglich im Waffenbereich, bei der Panzerabwehrrakete Trigat, die ich jetzt anführen möchte, gibt es noch zusätzlich gemeinsame Überlegungen mit dem United Kingdom. Hier entstehen, obwohl man hier eine Panzerabwehrrakete einbezogen hat, zusätzliche Entwicklungskosten als sogenannte Anpaßkosten – wegen der Anpassung an die jeweiligen unterschiedlichen Waffenplattformen einschließlich der integrierten Feuerleitsysteme.

Noch nicht einmal im Bereich der Nachtsichttechnologie gibt es eine breite europäische Zusammenarbeit, obwohl die Fachleute wissen, daß ein europäischer Nachholbedarf besteht, der voll dem High-Tech-Bereich zuzuordnen ist.

Ein weiteres betrübliches Kapitel ist die Zusammenarbeit beim **europäischen Jagdflugzeug der 90er Jahre.** Die Nichtteilnahme unserer französischen Freunde, die eine leistungsfähige Flugzeugindustrie haben, ist bezeichnend für das Dilemma in der Rüstungskooperation. Die Fähigkeit, leistungsfähige Flugzeuge zu bauen, hat die europäische Flugzeugindustrie mit dem Flugzeug Tornado bewiesen. Wo ist der Lernerfolg geblieben?

Ich persönlich hoffe, daß die Einsicht wächst, so daß sich letztlich mehr europäische Nationen am europäischen Jagdflugzeugprogramm beteiligen.

Das Defizit im Bereich der Radartechnik, insbesondere in der Look up-, look down-, shoot down-Fähigkeit ist hinreichend bekannt.

Wir Europäer leisten uns für das gewünschte moderne Radar zwei aufwendige Entwicklungslinien, nämlich a) das Konsortium um Ferranti mit dem Ziel einer völligen Neuentwicklung und b) das Konsortium AEG und Hughes United States – ein weiteres Programm –, das auf eine Weiterentwicklung des Hughes A PG 65 Radar setzt. Ich könnte noch weitere Beispiele aufzeigen; sie würden höchstens unsere Zerrissenheit in der Rüstungskooperation noch mehr verdeutlichen.

Allein die Tatsache, zwei gegenläufige Entwicklungslinien im Jagdflugzeugbereich zu haben, ist unabhängig von den Entwicklungs- und Produktionskosten, nur bezogen auf die Folgekosten – nämlich logistische Linien und unterschiedliche Cross-Servicing-Ausstattung –, ein Kostenfaktor, der nicht einmal genau zu beziffern ist, aber durchaus als teurer Luxus bezeichnet werden kann.

Dem Bericht unseres Kollegen Stokes, den wir heute morgen zur Kenntnis nahmen, ist zu entnehmen, daß von 20 ausgewählten Technologien nur bei 6 ein Gleichstand mit Bezug auf die Sowjetunion feststellbar ist. Zu Recht weist der Autor Stokes darauf hin, daß die ausgewählten Technologien das Potential haben, die militärischen Möglichkeiten in den nächsten zehn bis 20 Jahren wesentlich zu verändern. Wo sind hier die gemeinsamen Anstrengungen der WEU-Länder erkennbar, a) den US-Standard zu erreichen und b) mit den Vereinigten Staaten unsere westliche Spitzenstellung auszubauen und abzusichern?

EUREKA ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber EUREKA kann das nicht alles leisten.

Meine Ausführungen treffen in ähnlicher Art und Weise auch auf die europäische Zusammenarbeit in der militärischen Nutzung von Computern im Verteidigungsbereich zu. Dazu hat unser geschätzter Kollege Fourré einen Bericht vorgelegt. Wenn wir nur in der Lage wären, alle Informationssysteme der einzelnen Streitkräfte gemeinsam zu planen, zu produzieren, kompatibel zu machen und auch zu finanzieren, würden wir letztlich Millionen – ich glaube sogar: Milliarden – einsparen. Aber jeder geht auf diesem Gebiet seinen eigenen Weg.

All das, was ich ausgeführt habe, soll neben der aufgezeigten Realität unterstreichen, wie wichtig es ist, daß der Rat seine Mitglieder dazu anhält, sich über die gemeinsamen operationellen Anforderungen hinsichtlich aller wichtigen Waffensysteme zu einigen und zu gemeinsamen Planungen und Entwicklungen zu kommen, wobei durchaus Spielraum für spezifische Auslegungen nach den jeweils vorgegebenen nationalen Erfordernissen möglich ist und möglich sein sollte.

Abschließend möchte ich Herrn Bassinet für seinen Bericht noch einmal danken, wissend, daß es ein schwieriges Feld ist. Sein Bericht hat, obwohl ich mir ein paar kritische Anmerkungen erlaubte, unsere Zustimmung verdient.

Herzlichen Dank für das Zuhören.

Empfehlung 454

betr. die europäische Rüstungskooperation – Antwort auf den 32. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

(i) stellt fest, daß der Rat insgesamt sowie seine einzelnen Mitglieder seit der Erklärung von Rom vom Oktober 1984 immer wieder bekräftigt haben, daß die WEU der Weiterentwicklung der europäischen Rüstungskooperation politische Impulse verleihen sollte;

(ii) bekundet Unzufriedenheit darüber, daß der Rat – trotz der äußerst wichtigen Rolle der WEU-Mitgliedstaaten in der IEPG (Unabhängige Europäische Programmgruppe), ihrer geographischen und militärischen Lage sowie der Bedeutung ihrer Rüstungsindustrie – drei Jahre seit Oktober 1984 verstreichen ließ, ohne einen Beweis für diesen viel beschworenen politischen Impuls zu erbringen;

(iii) begrüßt die im Jahr 1988 geplante Veranstaltung einer ersten Studientagung über europäische Verteidigungsfragen zur Vertiefung der Kenntnisse über die europäische Dimension von Sicherheitsangelegenheiten;

(iv) verweist auf das Schlußkommunique des am 22. Juni in Sevilla veranstalteten Ministertreffens der IEPG, in dem die Minister die langfristigen Ziele des Berichts der Gruppe zur Erstellung einer Studie über die Europäischen Rüstungsindustrien (EDIS) befürwortet und ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht haben, ein Aktionsprogramm für eine schrittweise Annäherung an einen offenen europäischen Markt für Verteidigungsgerät auszuarbeiten;

(v) ist der Ansicht, daß weder die auf das Jahr 1978 zurückgehende Arbeitsteilung zwischen dem Ständigen Rüstungsausschuß und der IEPG noch die 1986 vereinbarte Zusammenarbeit zwischen dem Vorsitz der IEPG und dem Generalsekretär der WEU Beachtung finden;

(vi) berücksichtigt, daß die Minister der IEPG die Errichtung eines internationalen Sekretariats für die IEPG abgelehnt haben;

empfiehlt dem Rat,

1. die Initiative zur Durchführung des Aktionsplans für einen offenen europäischen Markt für Verteidigungsgerät im Sinne des EDIS-Berichts zu ergreifen, indem er seine Mitglieder dazu anhält, sich über die gemeinsamen operativen Anforderungen bei allen wichtigen Teilen von Verteidigungsgerät abzustimmen, das in Zukunft benötigt wird;

2. seine dreijährige Phase der Überlegungen und Beratungen über die Reorganisierung, die zukünftige Rolle und die Aufgaben des SAC (Ständiger Rüstungsausschuß) und der Agentur III zu beenden und die ministeriellen Organe mit der Durchführung von Untersuchungen zu betrauen, die in Zusammenhang mit dem Beschluß der Minister der IEPG stehen, einen Aktionsplan für eine schrittweise Annäherung an einen offenen europäischen Markt für Verteidigungsgerät auszuarbeiten;

3. seine Anstrengungen dahingehend zu verstärken, daß die zuständigen internationalen Organisationen und nationalen Verwaltungsstellen dem Nachfolgegremium alle zur Durchführung seiner Untersuchungen erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen;

4. dafür Sorge zu tragen, daß die im Jahre 1978 vereinbarte Arbeitsteilung zwischen dem SAC und der IEPG, sofern sie als überholt betrachtet wird, durch eine neue Vereinbarung ersetzt und die 1986 getroffene Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zwischen dem Vorsitz der IEPG und dem Generalsekretär der WEU eingehalten wird;

5. Vorkehrungen dafür zu treffen, daß der Vorsitz der IEPG die Versammlung einmal jährlich über die Entwicklungen in der europäischen Rüstungskooperation unterrichtet;

6. den Generalsekretär anzuweisen, dafür Sorge zu tragen, daß regelmäßige Studientagungen über europäische Verteidigungsfragen veranstaltet werden und diesbezügliche nationale Initiativen im Hinblick darauf zu koordinieren, sobald wie möglich ein europäisches Verteidigungsforschungsinstitut zu gründen.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333